

Posen-Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilselstr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streisand,
in Lübeck bei Ph. Matthias.

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Dauke & Co.,
Haafenstein & Vogler,
Rudolph Nossle.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Nr. 325.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 12. Mai.

Einzelne 20 Pf. die sechsgeschwisterte Zeitzeile über deren Raum, Reklame verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Nach der Entscheidung. III.

Ohne uns näher auf das parlamentarische Duell zwischen Richter und Richter einzulassen, müssen wir doch an dieser Stelle bekennt, daß die volle Wucht der Gründe und Anschauungen auf Seiten des ersten Abgeordneten liegt, und daß der letztere nicht im Rechte gewesen ist, wenn er leichten Herzens dem Antrage Stauffenberg's in der Militärvorlage entsagt hat. In der Militärvorlage erblicken wir nämlich nicht allein die gegenwärtige Session des Reichstages beherrschende Frage, sondern wir meinen auch, daß in ihr der Kernpunkt aller inneren politischen Wirren enthalten sei. Man darf dreist behaupten, daß Niemand in Deutschland die äußere Machtstellung des Vaterlandes auch nur auf einen Augenblick einer wirklichen Gefahr auszusehen im Stande ist, und daß ein jeder mit stets opferbereitem Herzen die Mittel gewähren wird, welche für dieselbe in Anspruch genommen werden müssen. Wenn das aber sich so verhält, so kann das opferbereite deutsche Volk auch von Seiten der Regierung volles Vertrauen und Entgegenkommen in Anspruch nehmen, es kann und muß die volle und wirksame parlamentarische Kontrolle fordern und erlangen. Unserer Ansicht nach ließ sich für den Stauffenberg'schen Antrag, der das möglich weiteste Entgegenkommen zeigte, eine Majorität gewinnen, die derjenigen entsprochen hätte, welche vor 1876 entscheidend war und welche wir auch wieder als die in der Zukunft einzige mögliche erachten können. Die Nationalliberalen aller Farben müssten an dieser Stelle das „Entweder — Oder“ jeder wankelmüthigen Mahnung entgegenhalten und es darauf ankommen lassen, ob die Regierung zur Auflösung des Reichstages schreiten und das Volk den erneuerten Appell an seine Loyalität in ihrem Sinne beantworten würde. Die nationalliberale Partei müsste grade in der Militärfrage den ernsten Willen behätigen, Sr. Majestät allgemeine Opposition zu sein, und das ließ sich um so leichter rechtfertigen, als eine unmittelbare Gefährdung der Landes sicherheit nicht in Aussicht stand.

Das Gefürchtete ist indeß zur Wahrheit geworden. Alle Welt ist mit dem Ausgang unzufrieden. Die Existenz der Partei in ihrem bisherigen Bestande ist mehr als je in Frage gestellt, und schwerlich wird das verschwundene Vertrauen wiederherstellen, wie anerkennenswerth auch die Versuche sein mögen, in untergeordneten Fragen eine manhaft Haltung anzustreben und zu bewahren. Für uns giebt es von jetzt ab nur eine liberale Partei, und wir können nur wünschen, daß sich dieselbe bis zu den nächsten Wahlen hinreichend konsolidirt haben möge, auf daß die neuen Vertretungskörper unter Ausschluß der extremen Parteien auf beiden Seiten sich „maß- und ruhevoll“ der Arbeit unterziehen können, den durch eine heillose Verwirrung in der Achtung des Volkes heruntergekommenen Parlamentarismus wieder zu Ehren zu bringen, um fassbar und unwiderlegbar zu beweisen, daß das Heil der Völker und Staaten nur in einer wahrhaft konstitutionellen Monarchie zu finden ist. Denn diese ist die höhere Einheit von stabilen Verhältnissen und fortschrittlicher Entwicklung und darum in einem Zeitpunkte festzuhalten, wo so vieles Alte untergegangen ist und die Karte Europas noch wenig gefestigt erscheint, in einem Zeitpunkte, wo religiöse Anschauungen und soziale Ordnungen andere Gestaltung annehmen, wo wirtschaftliche Zustände wechseln und größere Massen nicht nur zu ernähren, sondern auch zufrieden zu stellen sind.

Die von uns gewünschte Konsolidation muß sich zunächst in den Wahlkreisen vollziehen. Unsere Parlamente sind diskreditirt, viele Gewählte haben das Vertrauen ihrer Wähler, vielleicht auch das Vertrauen zu sich selbst eingebüßt; die Fraktionen zerbrockeln mehr und mehr und haben somit die Fähigkeit verloren, den Wählern als Ziel- und Angelpunkte dienen zu können. Dabei steigern viele Präbogane, zumal offiziöse und konervative, die Verwirrung des Wahrs und Falschen, des Sachlichen und Persönlichen mit fast unglaublicher Virtuosität; heute schüttelt man den Giftbaum und perhorresiert am andern Tage das Regiment von Junkern und Pfaffen, um am dritten Tage wieder in das Gegentheil umzuschlagen und den liberalen Rechtsstaat zu verböhnen. Man muß in der That mit realer Sachkenntnis und mit lebensvollen Erinnerungen gut gewaffnet sein, wenn man in dem allgemeinen Kladderadatsch unbeirrt bleiben und die Leitsterne nicht verlieren will. Der Unbeirrten giebt es noch, wie wir meinen, wenn auch nicht mehr sehr viele, doch wird es liegen, das liberale Panier zu entfalten und den Kernpunkt der neuen Wählerschaften zu bilden. Zwölf thatkräftige und unabhängige Männer treten mit dem festen Willen zusammen, per politischen Misere der Gegenwart für ihren Wahlkreis ein Ende zu machen, insfern dieselbe durch politischen Zankelmuth oder durch hohlen streberischen Ehrgeiz oder auch durch interessierte Selbstsucht hervorgerufen ist, zwölf Männer sind genug, um eine Wahlbewegung zu inauguiren, in der nur bei den „ehrlichen“ Leuten die Entscheidung liegt. Auf einem kurzen Wege kann das Ziel freilich nicht erreicht werden, es gehört

einerseits jahrelange Arbeit dazu, neue sichere Genossen zu gewinnen, andererseits wird aber auch eine höchst energische und intelligente Leitung erforderlich, um die Gewonnenen zusammenzuhalten, sowie in einzelnen, gewiß nicht ausbleibenden Fällen eine catonische Strenge, um alle als unzuverlässig erkannten Elemente auszuscheiden.

Es handelt sich bei diesem Vorschlage nicht um einen politischen Ostrazismus, es handelt sich einfach um die Vereinigung einer Schaar von Männern, die in allgemeiner Achtung stehen und außer und innere Selbstständigkeit besitzen, um das Rechte aus sich selbst herauszufinden, nicht dadurch aber, daß sie nach oben oder nach unten schauen oder gar nach fremden Weisen singen wollen. Diese Vereinigung soll für die Wahlbewegung die Organisation entwerfen, soll überall, wo die Wogen hochgehen, als der rocher der bronze sich hinstellen, um die Flutwellen zu brechen, die demagogischer oder privilegiensüchtiger Ehrgeiz in den großen Massen nur zu leicht erregen kann, soll den Hader befriedeter Parteigenossen ausgleichen und Alles anwenden, um mit einem Worte „ehrliche Wahlen“ möglich zu machen. Ehrliche Wahlen aber werden uns, davon sind wir fest überzeugt, die alte Majorität zurückführen, werden auf Männer fallen, die eine energische Verwaltung ebenso wie eine energische Kontrolle derselben ins Auge fassen, auf Männer, die auch neben einem Fürsten Bismarck ihre Selbstständigkeit achten und darum auch eine Stütze der Krone werden, wenn dieselbe schwächeren Händen die Staatsgeschäfte überantworten muß.

Aehnliche Mahnungen, wie die vorstehende, haben wir schon öfters an dieser Stelle zur Erwähnung hingestellt; nach der Entscheidung, die jüngst gefallen, sollten sie doppelt und dreifach bestätigt werden, damit uns neue Wahlen nicht unvorbereitet finden. Daß solche im besten Falle erst in 1½ resp. in 2 Jahren stattfinden, ist durchaus kein Grund, die von uns für nothwendig erachtete politische Arbeit zu beginnen. Denn kurz ist das Leben, lang aber die Kunst, das Rechte zur rechten Zeit fertig zu stellen.

Die Rede des Fürsten Bismarck.

Die Reichstagsrede des Fürsten Bismarck am Sonnabend hat natürlich eine unabsehbare Reihe von Kommentaren in der Presse hervorgerufen. Während sich z. B. die freikonservative „Post“ allen Ernstes bemüht, nachzuweisen, daß, wie der Reichskanzler angedeutet, ein konservativ-klerikales Regiment für den Bestand des Reichs weit ungefährlicher wäre als ein Dominirendes liberalen „Doktrinäre“, stimmt die liberale Presse mit wenigen Ausnahmen darin mit uns überein, daß der hochtragische Ton der fraglichen Rede wohl nicht ganz ernst zu nehmen sei. Die „Tribüne“ schließt ihre Ausführungen folgendermaßen:

„Keine andere Partei hat die bleibenden Verdiente des Fürsten Bismarck um Deutschland höher veranschlagt und lebhafter anerkannt, als die Partei, welche den Aufbau des jungen Reiches mit ihm gemeinsam unternahm. Aber für den Politiker besteht zwischen der abgeschlossenen Vergangenheit und den Bedürfnissen der Gegenwart ein unabsehbarer Unterschied. Dem Historiker, dessen Blick aus der Ferne auf die Dinge fällt, wird einst das Gemoge unserer Tage entschwunden sein, er wird nur die weltgeschichtliche Gestalt des Fürsten Bismarck sehen. Im täglichen politischen Kampf mißt man Personen und Dinge nach andern Maßstäben; hier verlangt vor Allem die Verantwortlichkeit ihr Recht, die neben dem Reichskanzler auch auf der Volksvertretung lastet. Dieser parlamentarischen Verantwortlichkeit verschließt sich Fürst Bismarck allem Anschein nach mit Konsequenzen. Ihm ist jedes Widerstreben gegen Vorschläge seinerseits entweder ein Zeichen persönlicher Animosität, oder ein Anklag gegen die Sicherheit des Reichs, oder endlich ein Symptom fahrlässigen Unverständes. So hat er sich von dem unabhängigen, intelligenten Theil der Bevölkerung mehr und mehr abgemannt und seine Stütze bei denen gesucht, die nur an ihm begreifen, was hart, was abstoßend, was gewaltsam ist. Er hat das volle Recht, sich als den Repräsentanten des deutschen Gedankens, der nationalen Idee zu geben, die erst durch ihn zu Fleisch und Blut gelangt ist. Aber hätte diese Schöpfung überhaupt in's Leben gerufen werden können ohne die breitesten Stütze im deutschen Volke? Und kann sie, wenn diese Frage verneint werden muß, ohne diese Stütze weiter gebildet, oder überhaupt erhalten werden? Auch der nationale Zweck heiligt die Mitter nicht, am Wenigsten für die, nach deren Überzeugung er im gegebenen Fall nur ein vermentlicher, trügerischer, kein wirklicher ist. Die Liberalen, die Fürst Bismarck jest der Begünstigung des Partikularismus zeiht, sind Jahrzehnte lang die alleinigen Träger des deutschen Einheitsgedankens gewesen; hätten sie die glimmenden Funken nicht fort und fort geschürt, auch der genialste Staatsmann hätte ihn nicht zur Flamme zu bringen vermocht. Der „Partikularismus“, der dem Fürsten Bismarck auf liberaler Seite heute im Wege steht, ist die Schutznahme verhältnismäßiger deutschen Rechtes, das Bemühen, kein Misstrauen in die Festigkeit der deutschen Bundesverträge aufzunehmen zu lassen, in denen der Reichskanzler selbst den sichersten Halt der deutschen Einheit erblickt. Und ist es denn wirklich Hamburg, ist es Bremen, von wo dem Reich die Gefahr der Zersetzung droht? Wir meinen, die Reichsgewalt habe den Partikularismus da zu bekämpfen, wo er sich über die Linie der Verfassung hinaus erhebt oder diese zu durchbrechen trachtet; sie habe sich ihrerseits aber sorgsam davor zu hüten, ihn etwa durch gleiche übergreifende Versuche zu stärken. Wir fassen den Kampf zwischen Reich und Partikularismus nicht so auf, daß auf Seiten des Ersteren die Macht, auf Seiten des Letzteren das Recht steht. Stände die Sache so, so wäre die deutsche Einheit auf schwache Füße gestellt. Wir halten aber auch einen Zustand als dauernd für

unmöglich, in dem sich Macht und Recht in Reichskanzler und Reichstag gegenüberstehen. Denn auch der mächtigste Staatsmann kann heute der überzeugungsmäßigen Unterstützung durch eine freie selbstständige Vertretung des Volkes nicht entrathen, er darf der Marne des Menenius Agrippa*) von „dem Pack und den Narrenköpfen“ nicht über die normale Grenze hinaus folgen, wenn er nicht als Repräsentant einer einzelnen und beschränkten Klasse sich endlich auf einsamer Höhe „müde, todmüde“ fühlen soll.“

In der Rede verdient ganz besondere Beachtung die Stelle, wo der Reichskanzler die Haltung des Centrums im Hinblick auf die Verständigung mit der Kurie erörterte. Die betreffende Stelle lautet nach dem stenographischen Bericht:

„Im vorigen Jahre verließ ich den Reichstag mit der aufrichtigen Überzeugung, daß die Herren vom Zentrum beabsichtigten, sich der Régierung zu nähern und zu einem Kompromiß mit derselben nicht bloß über Schutzfragen, sondern auch über Fragen, die hier nicht vorliegen, mit denen Sie ja in 14 Tagen, hoffe ich, im preußischen Landtag sich beschäftigen werden, zu verständigen. Durch die Wahrnehmung fühlte ich mich ermutigt, mit Vertrauen an die Verhandlungen mit der römischen Kurie zu gehen, denn ich versprach mir damals wirklich ein Ergebnis davon. Dieses mein Vertrauen zu Ergebnissen dieser Verhandlungen ist durch das inzwischen ausnahmslos im Landtag und Reichstage vom Zentrum beobachtete Verhalten erschüttert worden. Für mich liegt in dem Auftreten des Zentrums gegen die deutsche resp. preußische Regierung eine Interpretation für die Intentionen des römischen Stuhles, ein Barometer für das, was wir von Rom schließlich zu erwarten haben.“

Es geht aus diesen Worten klar hervor, für wie gering der Reichskanzler gegenwärtig die Ansichten zu einer vollständigen und dauernden Verständigung mit der Kurie hält und wie sehr es ihm zum Bewußtsein gekommen ist, daß er bei den bisherigen Transaktionen seine Rechnung nicht gefunden hat. Wenn gleichwohl, wie die obigen Worte des Reichskanzlers bestätigen, dem Landtag schon in der bevorstehenden Nachsession die vielversprochene Vorlage in Betreff der Kirchengesetze zugehen soll, so scheint uns darin ein Widerspruch mit der vom Fürsten Bismarck selbst gekennzeichneten gegenwärtigen Situation zu liegen. Sind die Verständigungsversuche wirklich, wie der Reichskanzler es darstellt, aussichtslos, wozu sucht dann die Regierung die Ermächtigung nach, die Abwehrwaffen milder zu handhaben, als es bisher der Fall gewesen und vom Gesetz vorgeschrieben wird? Der Reichskanzler hat mit seinen Erörterungen dem beabsichtigten legislatorischen Vorgehen in der kirchenpolitischen Frage selbst den Boden und die Berechtigung entzogen. — Die „Ermania“, um dies beiläufig zu erwähnen, bezeichnet den Sonnabend als „einen Ehrentag des Zentrums“, unb in der That, die Rede des Reichskanzlers hat es dem Abg. Windthorst erleichtert, die Gewinnungslustigkeit und Selbstständigkeit des Zentrums zu preisen. Ein Siegestag des Reichskanzlers war der Sonnabend gewiß nicht, wie dies auch aus dem Ergebnis der Schlusssitzung des Reichstages, gestern (Montag) Abend, drastisch genug zu Tage tritt.

Einen höchst betrübenden Eindruck mußte die Art und Weise machen, wie dem Abg. Delbrück von Seiten des Reichskanzlers mitgespielt wurde. Die Auseinandersetzung zwischen diesem und dem Reichskanzler wird weithin im Reiche das Bewußtsein erwecken müssen, daß auch der treuesten Pflichterfüllung, dem verdientesten Streben der Versuch persönlicher Demuthigung nicht erspart bleibt, wenn der herrschende Wille bei ihm auf Widerspruch stößt. Wir nähmen im Interesse beider Staatsmänner am liebsten an, daß die Rechnung von Angriff und Vertheidigung zwischen ihnen ohne Rest aufgegangen ist; hält die Annahme nicht Stand, so fällt der verbleibende Rest auf keinen Fall Herrn Delbrück zur Last. Seine geistige Antwort auf die Vorwürfe des Reichskanzlers war eine klare und bündige.

Es war ihm vorgehalten worden, daß er seine Ansicht über die Befugnis des Bundesrats in der Elbzollfrage seitlich gespielt habe. Die Auseinandersetzung zwischen diesem und dem Reichskanzler wird weithin im Reiche das Bewußtsein erwecken müssen, daß auch der treuesten Pflichterfüllung, dem verdientesten Streben der Versuch persönlicher Demuthigung nicht erspart bleibt, wenn der herrschende Wille bei ihm auf Widerspruch stößt. Wir nähmen im Interesse beider Staatsmänner am liebsten an, daß die Rechnung von Angriff und Vertheidigung zwischen ihnen ohne Rest aufgegangen ist; hält die Annahme nicht Stand, so fällt der verbleibende Rest auf keinen Fall Herrn Delbrück zur Last. Seine geistige Antwort auf die Vorwürfe des Reichskanzlers war eine klare und bündige. Es war ihm vorgehalten worden, daß er seine Ansicht über die Befugnis des Bundesrats in der Elbzollfrage seitlich gespielt habe. Die Auseinandersetzung zwischen diesem und dem Reichskanzler wird weithin im Reiche das Bewußtsein erwecken müssen, daß auch der treuesten Pflichterfüllung, dem verdientesten Streben der Versuch persönlicher Demuthigung nicht erspart bleibt, wenn der herrschende Wille bei ihm auf Widerspruch stößt. Wir nähmen im Interesse beider Staatsmänner am liebsten an, daß die Rechnung von Angriff und Vertheidigung zwischen ihnen ohne Rest aufgegangen ist; hält die Annahme nicht Stand, so fällt der verbleibende Rest auf keinen Fall Herrn Delbrück zur Last. Seine geistige Antwort auf die Vorwürfe des Reichskanzlers war eine klare und bündige.

*) In einer deutschen Monatsschrift erschien vor einiger Zeit ein Aufsatz, betitelt „Fürst Bismarck an der Jahreswende 1879“, von Menenius dem Jüngeren. Das Pseudonym war vom Verfasser sinnreich gewählt mit Beziehung auf das der Arbeit vorgesetzte Wort des Menenius Agrippa aus Shakespeare's „Coriolan“: „Seid was ihr scheint, des Vaterlandes Freunde!“ Der ganze Aufsatz ist stark infiziert von dem Geiste jenes Menenius Agrippa, der über das römische „Pack und die Narrenköpfe“ wetterte, die nicht werth seien, „vom Coriolan zu Kohle verbrannt zu werden“. Anm. d. Red.

nicht erst seit heute, sondern seit dreißig Jahren. — So einfach und würdig diese Erwiderung war, so durchschlagend muß ihre Wirkung sein, die durch die in der offiziösen Presse ununterbrochenen Verunglimpfungen des verdienten Mannes wie auf schwarzem Grunde nur um so leuchtender wird. Die offiziöse Presse vom großen Blatte bis herunter zum Provinzreptil offenbart nämlich gegenwärtig ihre niedrige Laienart in besonders drafischer Weise. Keine Schmähung, keine verächtliche Redewendung ist ihr seit der Erklärung des Reichskanzlers grob genug einem Manne wie Delbrück gegenüber. Die „Nordd. Allg. Ztg.“, der Großkopftag dieser Bedientenseelenpresse, geht sogar soweit, ausführlich die Behauptung breitzutreten, daß seit Delbrück von Bismarck „abgefallen“, auch sein (Delbrück's) Charakter schlecht geworden sei. Dieser mit Behagen ausgeschüttete Unforn ist eine herrliche, höchst charakteristische Blüthe der gegenwärtigen Epoche.

Die heute Abend hier eingetroffene „Nat. - Ztg.“ schließt ihre Auslassungen über die Rede folgendermaßen:

„Man wird es von dem Fürsten Bismarck nicht anders erwarten, als daß er die Würde der weltlichen Gewalt nie vergegen wird. Ebenso hält man sich versichert, daß er die Reichseinheit nimmermehr will zu Schaden kommen lassen. Sände er, so hat er vorgestern erklärt, an den Bundesregierungen nicht mehr für unsere Einheit die verfassungstreue zuverlässige Stütze, deren wir bedürfen, so würde er seinesheils nicht länger Kanzler bleiben können und dann als Mitglied des Reichstags „einen festen Kampf auch für zentralistische Politik kämpfen“. Allein man wird meinen, es würde ihm doch mehr Selbstüberwindung kosten, als er vorgestern Wort haben wollte, säme er je soviel, dem Kaiser einen Nachfolger vorzuschlagen, dem es möglich sein würde, „die Wünsche des Zentrums und der konservativen Parteien mit einander zu vereinen“. Für die Konseriativen scheint es nicht gerade ein Ruhm zu sein, daß solche Vereinigung von Wünschen auch nur für möglich gehalten wird; das Zentrum wünscht ja, was nach Bismarcks Überzeugung Preußen nicht gewähren kann. Aber, wie dem sei, die Nationalpartei trägt keine Schuld daran, wenn die Ultramontanen sich in den letzten sechs Monaten als unzuverlässig erwiesen haben, und keine, wenn sie übermäßige Forderungen stellen. Denn sie hat niemals ihre Macht zu erhöhen gesucht durch Anlehnung an diese Partei, auch nicht in der kürzesten Zeit; und sie war auch am „Freihandel“ nie beteiligt, um damit gegen die Reichseinheit anzukämpfen, sondern vielmehr um Geiste zu geben, welche den Ruhm des norddeutschen Bundes begründeten und dem deutschen Reiche seine wichtigsten Einrichtungen schufen.“

F. C. [Das Schreiben des Reichskanzlers an den Abg. Mosle, betreffend die Einführung eines Flaggenzuschlags (Sürtaxe de Pavillon)] ist ganz dazu angehängt, auf's Neue eine schwere Beunruhigung in den von der neuesten Zollgesetzgebung und ihrer Handhabung ohnehin schwer betroffenen Handelsstand unserer Seestädte zu tragen. In richtiger Erkenntnis der drohenden Gefahr haben sich schon im vorigen Jahre, als zuerst ein Projekt dieser Art auftauchte, die Vertretungen sämtlicher bedeutenden deutschen Seestädte energisch dagegen ausgesprochen. Man sollte danach annehmen, daß über das Wesen und die Wirkungen eines solchen Zuschlags an entscheidender Stelle kein Zweifel mehr bestehen könnte. Aber diese Annahme erscheint wiederum hinfällig, wenn man sieht, wie die Aeußerungen des Reichskanzlers, dessen Berather in Fragen des Seehandels und der Seeschiffahrt nun einmal der Abg. Mosle ausschließlich zu sein scheint, im schärfsten Widerspruch mit den Erklärungen stehen, welche der selbe Abgeordnete im vorigen Jahre in Bremen und noch neuerdings im Reichstage abgegeben hat. Es sind bei Erörterung der Frage der Sürtaxen bereits nicht weniger als drei Arten des Schutzes aufs Tropf gebracht und muß man zur richtigen Beurtheilung der Frage diese drei Arten wohl von einander unterscheiden. Zuerst handelt es sich um eine Begünstigung für den Schiffsbau, welche durch eine Registrierungsgebühr erreicht werden soll, die von den im Ausland gebauten Schiffen erhoben werden würde, wenn für sie die Berechtigung

zur Fahrt unter deutscher Flagge verlangt würde. Die Folge würde eine Erschwerung der Schiffsfahrt resp. des Schiffs-Frachtgeschäfts (Rheederei) sein, da der Erwerbspreis der Schiffe den Rheedern um den Betrag der Registrierungsgebühr vertheuert werden würde. Eine Entschädigung dafür würde ihnen ein Flaggenzuschlag (Sürtaxe de Pavillon) bieten sollen, welcher die Begünstigung der Schiffsfahrt zum Zweck hat. Danach würde von denjenigen Waaren, welche von ausländischen Schiffen nach deutschen Häfen gebracht werden, außer den sonst zutreffenden Zöllen noch ein besonderer Zollzuschlag erhoben werden, der für die Waaren fortfällt, welche auf deutschen Schiffen eingehen. Die Folge würde eine Erschwerung des Seetransports für alle daran Beteiligte, insbesondere also für Landwirthschaft, Industrielle und Kaufleute sein. Die Landwirthschaft und Industriellen haben sich dafür an den ihnen zugestandenen Schutzszöllen schadlos zu halten, den Kaufleuten würde eine scheinbare Entschädigung in einer Begünstigung des Handels geboten werden. Dieselbe hätte in einem Einführungszuschlag (Sürtaxe d'Entrepot) zu bestehen, der von allen ausländischen Waaren erhoben würde, die nicht direkt vom Produktionslande über einen deutschen Hafen, sondern mittelbar oder unmittelbar über einen fremden Hafen in Deutschland eingehen. Die Folge würde eine Vertheuerung aller vom Auslande bezogenen Waaren sein, gleichviel ob dieselben dem Konsum oder der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion zu dienen haben. Wie man sieht, handelt es sich um ein höchst künstliches System, welches Begünstigung auf Begünstigung thürt, angeblich um allen Erwerbszweigen einen Vorsprung in der Konkurrenz mit dem Auslande zu verschaffen. In Wahrheit würde die Sache, wie gerade die auf diesem Gebiet in Frankreich und Nordamerika gemachten Erfahrungen auch bestätigen, ein ganz anderes Resultat haben. Die Begünstigungen, welche gewährt werden, fallen doch nicht vom Himmel, sondern müssen hier auf Erden von irgend einem bezahlt werden. Nun würde die ganze Last des Systems, soweit es den Verbrauch im Innlande betrifft, wesentlich auf die Konsumenten fallen; soweit aber ein Export nach dem Auslande in Frage kommt, insbesondere so weit bei der Produktion der auszuführenden Artikel ausländische Waaren z. B. als Roh- und Hilfsstoffe zur Verwendung gelangen, würde die Last auf die Produzenten fallen und ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, die schon erheblich unter den jetzigen Zöllen leidet, noch weiter vermindern. Eine besonders große Gefahr aber würde für den deutschen Handel entstehen. Da das ganze System auf eine wesentliche Vertheuerung des Verkehrs mit den deutschen Häfen hinausläuft, so würden die deutschen Seestädte zunächst den umfangreichen Zwischenhandel bedroht sehen, den sie von Ausland zu Ausland unterhalten und der sich gerade auf Grund der geographischen Lage Deutschlands hat entwickeln können. Eine Verminderung oder gar völliges Aufhören dieses Verkehrs würde aber wiederum ihre gesamten Schiffahrtsbeziehungen schädigen und sie somit in der Konkurrenz mit ausländischen Häfen benachtheiligen. Da außerdem jede Vertheuerung eine Abnahme des Konsums nach sich zieht, so würde auch das Monopol auf die Versorgung des deutschen Marktes sie dafür nicht entshädigen können, ganz abgesehen davon, daß wahrscheinlich ein Theil der deutschen Seestädte, z. B. die Ostseestädte, dabei auch gegenüber den anderen Plätzen ganz besonders schlecht fahren würden.

Nun sind aber der Reichskanzler und der Abg. Mosle noch keineswegs einig über die oben angeführten Maßregeln. Der Reichskanzler hat bisher, im vorigen Jahre wie in seinem neuesten Schreiben, immer nur von einem Flaggenzuschlag (Sürtaxe de Pavillon) gesprochen. Der Abg. Mosle aber hat früher und noch neuerdings in der Reichstagsitzung vom 12. April d. J. hoch und theuer versichert, daß er einen Schutz für die Rheederei (Sürtaxe de Pavillon) nicht wolle; er erstrebe Schutz für den

Schiffbau (Registrierungsgebühr) und Begünstigung des direkten Imports (Sürtaxe d'Entrepot). Was der Abg. Mosle nicht will, gerade das erklärt der Reichskanzler demnächst bei der Gesetzgebung beantragen zu wollen, und was der Abg. Mosle wünscht, das scheint der Reichskanzler nicht gewähren zu wollen. Wie sich nun auch dieser falsche Widerspruch lösen mag, die Interessenten haben für die jetzt ertheilte Warnung dankbar zu sein. Wie im vorigen Jahre eine große Zahl süddeutscher Handelskammern gegen Einführung einer Sürtaxe d'Entrepot protestierte, wie die Seestädte und nautischen Vereine sich gegen jede Registrierungsgebühr und gegen alle Zollzuschläge erklärten, so sollten sie diesmal wieder auf dem Platze sein. Das System, mit dem man sie jetzt angeblich beglücken will, läuft in jedem Falle auf Erschwerung des internationalen Verkehrs hinaus, dessen Förderung doch das Lebensprinzip von Handel und Schiffahrt ist.

Deutschland.

C. Berlin, 10. Mai. [Die zweite Lesung der Elbfahrt-Akte.] Nicht umsonst hatte der rechte Flügel der nationalliberalen Partei am Sonnabend, unmittelbar nach der Bismarck'schen Rede, nach Hannover an Herrn v. Benningse, der sich seit einigen Tagen dort befand, telegraphiert, um ihn herbeizurufen. Seit der Verhandlung über die Samoa-Angelegenheit hatte unter den Nationalliberalen die Linke entschieden die Oberhand erhalten, während sie bekanntlich in den Fragen des Militärgeheges und der Verlängerung des Sozialistengeheges der Rechten gegenüber völlig ohnmächtig gewesen waren. So lange es sich seitdem wesentlich um die Steuerfragen handelte, war die seit der Samoa-Abstimmung eingetretene Verschiebung wohl auch dem rechten Flügel nicht besonders unangenehm, jetzt aber stand für ihn Entscheidendes auf dem Spiel. Herr v. Benningse, dessen Rede in der heutigen Fortsetzung der Debatte über die Elbfahrtssätze das Hauptstück war, hat denn auch ohne Zweifel den halben Erfolg, welchen die Regierung in der Tagesitzung davongetragen, herbeigeführt. Was bei der definitiven Beschlusssitzung in der für heute Abend angesetzten dritten Lesung geschieht, ist in diesem Augenblick noch nicht vorherzusehen*. Herr v. Benningse sprach mit dem Optimismus, den er während der letzten Jahre bei verschiedenen Gelegenheiten auch am unrechten Ort hat vorwalten lassen. Die paar entgegenkommenden Sätze in der Bismarck'schen Rede vom Sonnabend, welche an die Nationalliberalen gerichtet waren, genügten ihm, um die Rebellen, welche sich während der letzten 2 Jahre zwischen dem Kanzler und der nationalliberalen Partei angesammelt haben, für zerstreut zu erklären. Es störte ihn dabei nicht, daß Fürst Bismarck am Sonnabend, zwar nicht ganz ebenso wie den Nationalliberalen, aber immerhin auch den Klerikalen zwischen die Drohungen hindurch Avancen gemacht hatte. Die „Kreuzzeitung“ ist heute Abend keineswegs der Meinung, von welcher Herr v. Benningse auszugehen schien, daß zwischen dem Kanzler und den Klerikalen das Tafelstich definitiv zerstitten sei; und man wird letzteres auch trotz der heutigen Rede des Herrn v. Schorlemers auf, welche der „Kreuzzeitung“ noch nicht bekannt war, schwerlich anzunehmen haben. Jeden Augenblick kann Leo XIII. durch den Entschluß, eine Nachgiebigkeit, zu welcher er halb und halb schon bereit war, tatsächlich zu bekunden, Herrn v. Benningse aber mal einen Strich durch das Konzept machen. Das heutige Auftreten des letzteren würde man billigen können, wenn er ein Ministerportefeuille insgeheim in der Tasche hätte, oder wenn ihm auf andere Weise — es ist freilich nicht abzusehen, wie das möglich wäre — Fürst Bismarck Garantien für die Richtigkeit

* Der für unsere letzte Mittagsausgabe bestimmte gewesene Brief ist geschrieben, ehe das Resultat der Montags-Abendlesung bekannt war.

(Die Ned.)

Die Provinz Posen auf der internationalen Fischerei-Ausstellung.

Es ist wohl ganz natürlich, daß in einer Ansammlung von so gewaltigem Material der ganzen Erde, wie auf der internationalen Fischerei-Ausstellung, die Provinz Posen, als eine der kleineren Provinzen des preußischen Staates und noch dazu eines kleinen Landes mit verhältnismäßig nicht großen Strömen, mehr zurücktreten muß. Wo der ganze Ozean der Welt, die Meere und Ströme Asiens und Amerikas ihre Produkte liefern, da tritt die Warthe, Neße und Brahe natürlich zurück. Dazu kommt, daß die Produktion von Fischen nur lohnt, wo eine dichte Bevölkerung, vor Allem aber ein überall anschließendes Eisenbahnnetz den raschen Transport der frischen Fische an die Hauptkonsumsorte, die großen Städte, möglich macht. In diese Lage ist die Provinz Posen erst in den letzten Jahrzehnten gelangt, und verhältnismäßig später als die anderen Provinzen. So ist es auch gekommen, daß, abgesehen von einzelnen tüchtigen Bestrebungen auf diesem Gebiete, die sich trotz der ungünstigen Verhältnisse dennoch dauernd erhalten haben, erst in den letzten Jahren eine größere Thätigkeit in der Fischzucht sich gezeigt hat. Und wahrlich, an Material hierzu fehlt es nicht. Abgesehen von den Flüssen und Bächen, die man ja im öffentlichen Interesse neu besetzen und schonen kann, gibt es ja in der Provinz Posen eine ganze Reihe großer, schöner Seen und Teiche, in welchen edle Fische produziert werden können. Wir wollen uns denn auch der auf der Ausstellung zu Tage tretenden, den Fortschritt der Fischerei bezeugenden Erscheinungen freuen, indem wir gleichzeitig bemerken, daß manche weit größere Provinz auch nicht mehr geschickt hat, daß aber manche durch das allein Konservable, durch eine Ausstellung der präparirten Objekte aus den städtischen oder Provinzial-Museen, soweit sie die Fischerei betreffen, ihr Ansehen gewahrt hat. Es zeigt dies wieder, wie wünschenswerth ein solches Provinzial-Museum für Posen wäre, welches, im Gegensatz zu Privatgesellschaften, veranlaßt werden

könnte, im öffentlichen Interesse seine Schäze zeitweise auch zu solchen Ausstellungen herzugeben.

Unter den lebenden Fischen hat der als großer Fischzüchter bekannte königl. Dekonomierath und Major a. D. Scholz, Generalpächter der fürstlich Radziwill'schen Grafschaft Przygodzice, schöne Karpfen und Schleie eigener Zucht ausgestellt, ebenso Herr Arthur Förster, Rittergutsbesitzer zu Boguszyn bei Schmiegel treffliche Goldschleie. Derselbe hat außerdem in der Klasse der zur Fischerei dienenden Geräthe zwei Korbreusen aus Wachholder und Wurzeln geschickt. In der Abtheilung für die Geschichte der Fischerei finden wir die Fischerinnung zu Posen vertreten, dessen Obermeister bekanntlich Herr Franz Tuszewski, dessen Schriftführer Herr Anton Ciesielski und dessen Rendant Herr Joseph Buschke ist. Dieselbe sandte ihre Innungsfahne aus hellblauem Seidentamast mit goldenen Franzen und Quasten, in deren Mitte sich ein Delbild befindet, welches auf der einen Seite die heilige Barbara, auf der anderen Seite die Apostel Petrus und Paulus zeigt. Auf der Fahnenspitze befindet sich eine vergoldete Kugel und ein vergoldetes Kreuz; ferner 2 Marschallstäbe, weiß lackirt mit vergoldeten Reifen, silbernen Schnüren und Quasten; an der Spitze ein vergoldetes Schiff, auf welchem bei dem einen der Apostel Petrus, bei dem anderen der Apostel Paulus steht, dann das Innungsteigl, in der Mitte der polnische Adler mit der Umschrift: Sigillum Fraternitatis Pisca; endlich eine kupferne Kanne mit Deckel von 1615, eine zinnerne Kanne mit Deckel von 1835 und 18 größere und kleinere Trinkbecher aus dem Ende des vorigen und dem Anfang dieses Jahrhunderts. Vielleicht können wir den Fürsten Haßfeld, der ja auch mit einigen Gütern der Provinz angehört, mit einer reichen Sammlung von lebenden und toten Fischen usw. hierher rechnen. Indessen ist es immerhin möglich, daß uns bei der großen Fülle des Ausgestellten trotz eifrigsten Suchens dies oder jenes entgangen sein mag. Denn wenn es einen Fehler dieser sonst so trefflichen Ausstellung giebt, so ist es der, daß es bei der Ausdehnung des angesammelten Materials immer schwer ist, dasjenige

zum Vergleich herauszufinden, was man gerade sucht, und was uns über die praktischen Fortschritte auf dem Gebiete der Fischzucht belehrt. Hierüber wollen wir noch Einiges hinzufügen.

Schon neulich führten wir an, daß „die Bewirthschaftung des Wassers“ einen häufig noch nicht genug erkannten und beachteten wirtschaftlichen Vortheil verspreche. Es ist nun eine Freude, auf der heutigen Ausstellung zu sehen, wie neben den großen Staatsanstalten zu Hünningen im Elsaß so viele Private, meist Gutsbesitzer, auf diesem Gebiete so Ausgezeichnetes liefern, und daß man auch dieser Förderung des Wirtschaftsertrages von Seiten der Landwirtschaft immer mehr Beachtung zeigt. Die Fischproduktion ist eigentlich nichts weiter, wie der umgewandelte Pflanzen- und Thierstoff der kleinen Wasserthiere, von denen die Fische leben, in verwertbare, zu menschlicher Nahrung dienende Fischsubstanz. Eine Nichtausnutzung der Fischnahrung, die dann, wie eine Wiese, die nicht gemäht wird, zu Grunde geht, ist sofort mit einer Verschwendungen, welche im wirtschaftlichen Interesse gefährdet werden muß. Nur durch die künstliche Fischzucht kann das verhindert werden. Die Natur schaffte in den Eiern der Fische Millionen Keime, welche aber in dem Kampfe um's Dasein bis zu ihrer Entwicklung unbeschützt zu Grunde gehen und von denen nur einige endlich ihren Zweck erfüllen. Es ist daher vorteilhafterweise die Aufgabe der künstlichen Fischzucht, die Konservirung, den Schutz der Eier und jungen Brut, bis sie lebensfähig sind selbst behaupten kann, besser auszuführen, als es die Natur sich selbst überlassen vermag. Dies gut zu erreichen, ist der ganze Zweck und wir müssen gestehen, daß, wie die Ausstellung nachweist, wir hierin kolossale Erfolge erreicht haben. Die Schwerpunkte liegen dem Erfolg der künstlichen Fischzucht, wie auch die wesentlichen Schwierigkeiten dürfen als überwunden angesehen werden. Hat uns die große Fischzuchanstalt zu Hünningen im Elsaß die Möglichkeit und Wichtigkeit der künstlichen Fischzucht gezeigt, so ist es doch nicht eigentlich die Bildung so großer Anstalten mit Apparaten und großen Mitteln, welche wir im Interesse der Landwirtschaft suchen. Der Schwerpunkt liegt in der Schöpfung einfacher, für jedermann anwendbarer Appa-

derjenigen Interpretation der Sonnabendrede des Kanzlers geben hätte, welche der hannoversche Staatsmann heute entwickelte. Als Minister könnten ja trotz der Schwächen, welche Bemühen als Politiker hat, alle Liberalen ihn mit Genugthuung begrüßen; aber nach verschiedenen Erfahrungen der letzten Jahre muß man bezweifeln, daß sein heutiger Optimismus auf einer derartigen Aussicht oder auf irgend einer anderen, sichereren Grundlage ruhte, als dieselbe Stimmung bei anderen Anlässen, z. B. Anfang 1878 und in der Mitte des Jahres 1879, als er bei den Schlussverhandlungen über den Zolltarif Herrn Windthorst bereits aus dem Sattel gehoben zu haben glaubte, während tatsächlich dieser sich eben fest darin zurechtfühlte. Gestern und heute hatten unter den Abgeordneten die lebhaftesten Verhandlungen stattgefunden, um eine Entscheidung im Sinne des Kommissionsantrag in irgend welcher Art zu verhindern. Dass Herr v. Bennigsen in erster Reihe die Zurückverweisung an die Kommission, also Vertagung der Sache bis zu der nächsten Session beantragte, was auch nach den Erklärungen des Fürsten Bismarck vom Sonnabend der Regierung durchaus keine Verlegenheit bereit hätte, bewies jedenfalls, wie die formale Frage selbst dem Führer des rechten Flügels der Nationalliberalen zweifelhaft war. Um so mehr, so sollte man meinen, hätten die sachlichen, durch die unvorsichtige Offenherzigkeit des Herrn Kardorff verstärkten Argumente wirken müssen, daß es sich hier um die Gefährdung der eben erst gegen andere Angriffe vertheidigten Freihafenstellung Hamburgs handeln kann. Aber allen diesen, welche um jeden Preis eine Differenz mit dem Kanzler alsbald befehligen wollten, kam die aus der englischen konstitutionellen Tradition hergeleitete Lehre, daß man nicht eine Vorlage, also hier den Vertrag mit Österreich, „bepackt“ dürfe, außerst bequem. Nur Schade, daß diese ganze Bepackungstheorie, wie sie heute entwickelt wurde, mit der betreffenden Überlieferung des englischen Konstitutionalismus schlecht übereinstimmt; denn dort geht sie nur dahin, daß eine Vorlage nicht „bepackt“ werden darf mit einem Besluß, der eine ganz andere betrifft, was man von dem Kommissionsantrag zur Elbschiffahrtsakte doch keineswegs behaupten könnte.

Berlin, 10. Mai. (Von fortschrittlicher Seite eingefangen.) Das war eine heiße Schlacht von mehr als sechs Stunden Dauer im Reichstage, der in einer Abendsitzung geschlossen werden soll. Nach einer Rede Kardorffs gegen die Freihafenstellung Hamburgs hielt Bismarck seine Reichstagsjungferrede; in großer Ruhe geizelte er die „Augenblickspolitik“ des Reichskanzlers und vertrat die nationale Politik der deutschen Fortschrittspartei. Gelegentlich hat er auf die glaubhafte Nachricht hingewiesen, daß Fürst Bismarck selbst die Frage im preußischen Ministerium angeregt und mit dem preußischen Finanzminister darüber korrespondirt habe. Dies veranlaßte sofort den so rededestigen Herrn Bitter, ein recht energisches Dementi, wenn auch in allgemeinen Wendungen auszusprechen. Als nun aber Bismarck in persönlicher Bemerkung eine Stelle aus einem bisher nicht veröffentlichten Briefe des Reichskanzlers an den Finanzminister vom 15. April wörtlich vorlas, blieb Herr Bitter ganz still und bestätigte so die Authentizität des Briefes. Das Hauptinteresse der Sitzung traf die Haltung der Nationalliberalen. Wußte man doch, daß Bennigsen nach der Kanzlerrede sofort von Hannover nach Berlin zurückgekehrt sei, um durch Kompromiß für den Kanzler, dessen Rede seine getreuesten Anhänger stark entmuthigt hatte, zu retten was zu retten war. Allein hier war wenig mehr zu retten. Der Antrag auf Zurückverweisung der Elbschiffahrtsakte in die Kommission zur schriftlichen Berichterstattung lief auf eine sanfte Tagesordnung hinaus; da die Regierung den Antrag nicht acceptierte, konnte Frhr. von Schorlemer-Alst in seiner bitterbösen Kampfrede für das Zentrum von ihm sagen, daß er gleich dem Kommissionsantrag eine Niederlage des Reichskanzlers enthielt. Die Fortschritts-

partei konnte nur größere Klarheit wünschen und stimmte deshalb mit den Konservativen und Sozialdemokraten gegen den Bennigsen'schen Antrag, der nun im Hammelsprung mit 125 gegen 125 Stimmen abgelehnt wurde. Wohl aus altem Fraktionsbewußtsein hatten auch die oppositionellen Nationalliberalen mit Bennigsen und dem Zentrum gestimmt. So mußte die Abstimmung über die ganze Elbschiffahrtsakte erfolgen. Bei Artikel 4, der von der Zollpflichtigkeit der Waaren und der Zollgrenze u. s. w. handelt, beantragte Richter für die Fortschrittspartei namentliche Abstimmung, allein die Unterstützung blieb ungeeignet. Im Hammelsprung wurde nun Artikel 4 mit 134 gegen 114 Stimmen abgelehnt, und ebenso etwa mit derselben Mehrheit Artikel 37, der Schlufartikel, der die früheren gesetzlichen Bestimmungen aufhebt und die Einführung des berathenen Vertrages zum 1. Oktober 1880 vorschreibt. Danach war in die Elbschiffahrtsakte durch die zweite Berathung ein so tiefes Loch gerissen, daß an eine Wiederherstellung für die dritte Berathung kaum zu denken ist und die Abstimmung über den Kommissionsantrag, resp. den in derselben ausgesprochenen Vorbehalt von ihrer Bedeutung verloren hatte. Bei der nämlichen Abstimmung fanden sich richtig nur die nationalliberalen Mitunterzeichner des für den Schutz Hamburgs gegen den Bundesrat eintretenden Antrages Lasker, Richter und Genossen, soweit sie anwesend waren, und wenige andere Nationalliberalen, wie die hamburgischen Abgeordneten Möring und Wolffson bereit, mit Delbrück, dem Zentrum, den Sozialdemokraten und der Fortschrittspartei für den Kommissionsantrag ihr Ja zu sagen, so daß der streitige Vorbehalt, daß die Zollgrenze nur durch Gesetz an eine Stelle weiter unterhalb verlegt werden könne, mit 138 gegen 110 Stimmen verworfen wurde. Vier Polen enthielten sich der Abstimmung. — Die Auffregung über Bismarcks vorgestrige Rede hatte übrigens die Tribünen so stark gefüllt, wie noch nie in dieser Session.

— [Juristisches Examen. Prinz Heinrich.] Offiziös wird geschrieben: Die Zahl der jungen Juristen, welche die große Staatsprüfung bestehen wollen, hat schon seit längerer Zeit so zugenommen, daß in jeder Woche zweimal Prüfungen stattfinden, zu welcher jedesmal sechs Kandidaten geladen werden. Auch diese neue Errichtung läßt den Andrang kaum bewältigen. In neuerer Zeit wird die Erledigung der Prüfungen noch erheblich dadurch erschwert, daß die geladenen Kandidaten zu dem bestimmten Termin gar nicht erscheinen. Im laufenden Jahre sind bis zu Anfang des Monats Mai 31 Kandidaten ausgeblieben und zwar ohne genügenden Entschuldigungsgrund, nur allein in der Erwartung, daß sie ja nach ihrem Gefallen einen anderen Termin sich wählen können. Hierdurch würden aber die Kandidaten, welche für spätere Termine notiert sind, ungebührlich aufgehoben werden. Es sollen daher nunmehr alle die Kandidaten, welche ohne Grund den ihnen bestimmten Termin nicht innehalten, hinter alle übrigen zur Zeit für die Prüfung Notirten zurückgestellt werden. — Die Kavette „Prinz Albert“, an deren Bord sich Prinz Heinrich befindet, dürfte voraussichtlich am 1. Oktober d. J. in der Heimat eintreffen.

— Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht heute das Gesetz, betreffend Ergänzungen und Änderungen des Reichsmilitärgegesetzes. Es ist dies weitauß das wichtigste Ergebnis der Reichstagsession, und schon das Zustandekommen dieses Gesetzes lehrt, daß die Klagen des Reichskanzlers über die Erschaffung der nationalen Bestrebungen, über das Nachlassen der Hingabe an unser neuverstandenes Reich, denn doch nur mit starken Einschränkungen als berechtigt anzuerkennen sind. Einer Volksvertretung, die für die nationale Wehrkraft und die Sicherheit des Reichs so schwere Opfer bringt, kann der Vorwurf mangelnden Patriotismus nicht mit Recht gemacht werden. Das Gesetz ist bekanntlich, wie alle großen gesetzgeberischen Schöpfungen, durch das Zusammenwirken der Konservativen und Nationalliberalen gegen den Widerspruch des Zentrums zu Stande gekommen und erbringt aufs Neue den schlagenden Beweis, auf welche Elemente eine nationale Politik sich stützen muß, und welche einer solchen feindlich gegenüberstehen. Dass diese Erkenntnis eine Zeitlang verdunkelt gewesen, war hauptsächlich schuld,

dass unsere politischen und parlamentarischen Zustände so zerrüttet und ungesund geworden, wie sie die Rede des Reichskanzlers darstellte.

— Der bairische Bevölkerungsmächtigte zum Bundesrat von Nudhardt hat, nach der „Germania“, die nachgeführte Abberufung von seinem Posten erhalten. Welche Verwendung im bairischen Staatsdienste für ihn bestimmt ist, darüber verlautet noch ebenso wenig, wie über seinen Nachfolger. Nach dem Vorfall im Reichskanzlerpalais war die Stellung des sonst in der Wilhelmsstraße nicht beliebten bairischen Diplomaten nicht mehr haltbar; die öffentliche Rüge wegen seiner Haltung in der Hamburger Frage konnte er nur durch das Entlassungsgesuch beantworten. Unter der bundesrätlichen Diplomatie hat der Vorfall natürlich äußerst peinlich berührt, einige energischere Naturen sollen, so erzählt das genannte Blatt weiter, einen gemeinsamen Schritt in dieser Angelegenheit angeregt haben, um die Mitglieder des Bundesrates vor ähnlichen Zwischenfällen zu schützen, indessen scheint man vor den Schwierigkeiten eines Vorgehens nach dieser Richtung zurückzuschrecken und verzichtet darauf, die Sache eines Kollegen zur Sache der Korporation zu machen.

— Die Hamburger Angelegenheit wird, wie nun zweifellos feststeht, ihre Erledigung durch Entsendung einer Kommission an Ort und Stelle finden.

— Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses sind durch den Bureauadirektor davon in Kenntniß gesetzt worden, daß die nächste Sitzung für Donnerstag, den 20. d. Mts., Mittags 12 Uhr, in Aussicht genommen sei. Auf die Tagesordnung werde voraussichtlich das Behörden-Organisationsgesetz gestellt werden.

— In einer Zuschrift an die „Tilsiter Zeitung“ tritt der Kapitän des russischen Dampfers „Keystut“ der Nachricht entgegen, daß der Dampfer auf dem Niemen bei Schmalenlingen zur Umlauf, resp. unter Bedrohung von Schußwaffen gezwungen worden sei; dies sei völlig unwahr. Der Kapitän sei in freudlichster Weise aufgefordert worden, nach der nur wenige Schritte vom Anlandeplatz entfernten russischen Grenze zu fahren und dort anzulegen, da der Amtsvorsteher nach näheren Anfragen über die Zulassung der russischen Dampfer nach Preußen habe; er habe sogleich dieses Wunsch erfüllt.

Aus Wiesbaden, 9. Mai schreibt ein Spezialkorrespondent der „R. 3.“: Gestern Nachmittag 2 Uhr fand bei schönem Wetter der am Freitag abgelegte Corso auf dem Platz vor dem Kurhaus um das Bowlinggreen statt. Es nahmen daran über hundert, zum Theil sehr elegante Equipagen teil; die Villenbesitzer im Rheingau hatten dazu ein stattliches Kontingent gestellt. Viele Offiziere der hiesigen und mainzer Garnison waren zu Pferde erschienen. Von den beiden Musikkorps der wiesbadener Garnison war das eine vor der Säulenhalde des Kurhauses, das andere am Schillerdenkmal auf dem Theaterplatz postiert. Gegen 2 Uhr erschienen Se. Majestät der Kaiser mit der Frau Großherzogin von Baden in einer, mit zwei prächtigen Rappen bespannten, offenen Chaise à la Daumont; der Stangenreiter war auf der Brust reich mit Blumen dekoriert; der Spatenreiter reiste sich beim Einbiegen des Wagens in die Korsobahn hinter denselben an, während der Polizeidirektor vorauftritt. Die Musikkorps spielten, als der Kaiser eintraf, die Nationalhymne. Die zahlreich verjammelte Volksmenge brach in lebhafte Hochrufe aus. Se. Majestät der Kaiser war in der heitersten Stimmung; er wurde nicht müde, den Damen Sträuße zu zuwerfen; namentlich wenn die Frau Großherzogin von Baden nach einem Wagen hinüberglißte, folgten aus des Kaisers Hand die schönsten Sträuße den Blumen geworfenen Blumen zu sammeln, wobei der nebenhergehende kaiserliche Leibjäger Hülse leistete. Besonders lebhaft war das Bombardement, wenn die Equipage, in welcher sich die Großherzogin Anna und Elisabeth von Mecklenburg-Schwerin, die Großnichten des Kaisers, befanden, an dem kaiserlichen Wagen vorüberfuhr. Die kleinen Prinzessinnen waren außer sich vor Vergnügen, wenn ein von ihnen geworfer Strauß den kaiserlichen Großheim traf, der sich lächelnd den Hut zurechtrückte und sofort einige Blumenhalben abgab. Um 3 Uhr verließ der Kaiser mit seiner Tochter, der Großherzogin von Baden, den Corso; sein Wagen glich einem Blumenhag. Zum Diner hatten u. A. die Fürstin Hohenlohe-Schillingsfürst nebst Prinzessin Tochter und der Prinz Nikolaus von Nassau Einladungen erhalten. — Am 7. hat der Kaiser die evangelische „Bergkirche“ besichtigt; die Frau Großherzogin von Baden hat in den letzten Tagen mehrere milde Stiftungen, wie das Paulinenstift, das evangelische Vereinshaus,

einströmende Wasser in Bewegung hält, wobei denn die schlechten und leichten Eier nach oben getrieben werden und stets abschwimmen, während die gesunden schweren im Gefäß bleiben und so das einfache Gefäß eine Arbeit allein thut, zu der früher viele Menschenhände nötig waren. Dass sich alle diese Dinge praktisch bewähren, zeigen uns die vielen trefflichen ausgestellten Produkte der großen, wie der Privatzuchtanstalten, die wir oben genannt haben, in den verschiedenen Stadien der Entwicklung der verschiedenen Jahrgänge von Aale, Forellen, Lachsforellen, Luchen, Saiblingen, Corigonen, Maränen, Karpfen, Schleien, Goldorfern &c., sowie in den merkwürdigsten Kreuzungsprodukten einzelner Arten, z. B. die Saiblingbastarde. Eine besondere Schwierigkeit bildet noch die Versendung des Laiches der Fische, welche einen lebigen Laich haben, wie z. B. der Karpfen. Man legt zu dem Ende, wie es auch in der Natur vorkommt, Wachholderreisig und vergleichen in die Bassins, an denen der Laich kleben bleibt und verschickt diesen so. Aber durch das Uneinanderreiben der Neiser beim Transport wird der Laich vielfach zerstört und es wäre besser, wenn man die Thiere verlassen könnte, durch eine Vorrichtung, wie sie bei dem Heringssrogen auf der Ausstellung sich findet, auf Glasplatten zu laichen, die dann leichter verständbar sind. Gelingt dies, so könnte auch die künstliche Zucht der Sterlets und Störe befördert werden. Einen weiteren Beitrag liefert die Ausstellung zur Frage der Alzucht. Wir wissen nach den neuesten Forschungen, daß die männlichen Aale sich an den Mündungen der Flüsse aufzuhalten und daß nur die weiblichen zu uns in die Flüsse kommen, daß das Laichen im Meer geschieht, und zwar im jugendlichen Alter der Thiere. Es sind männliche Aale ausgestellt. Die junge Brut, „Monté“ genannt, steigt in die Flüsse. Es war aber bisher nicht gelungen, diese in großer Menge zu fangen zum Schutz oder der weiteren Verbreitung derselben. Dies ist nun der hüninger Anstalt gelungen, die eine kolossale Menge dieser „Monté“, kleiner winziger Aale, zeigt. Die eigentliche Mästerei von Edelfischen ist nicht so hervorragend. Die große Forelle von Kutter ist hervorzuheben. Dass die Zucht von Edelfischen oft zu

theuer ist, um sie als Schöpfung von billiger Volksnahrung zu betrachten, darf uns nicht abhalten. Für diese sorgen die anderen Duellen, die See und die großen Flüsse, welche wir auch durch die künstliche Fischzucht, durch Schutz und Aussetzen der Brut bei den Wanderfischen, betreiben. Aber sie deshalb vernachlässigen, bedeutet dasselbe, wie wenn wir die Zucht von Spargel und edlem Gemüse unterlassen und nur statt dessen Kartoffeln bauen wollten. Die Teichwirtschaft findet auch in der Ausstellung eine treffliche Demonstration; namentlich in den Abbildungen und Modellen der Stadt Cöslin, wie von Eckard-Lebbünchen. Es fragt sich, ob heute, wo der Preis der Fische so hoch ist, und der Transport derselben durch die Eisenbahn so sehr erleichtert wird, nicht die im Anfang dieses Jahrhunderts so häufig geschehene Umwandlung der Teiche in Acker bereut wird und die Zucht der Fische mehr bringen würde, als die von Roggen und Weizen. Auch die Zucht von Krebsen hat bedeutende Fortschritte gemacht. Brüssow in Schwerin kam zuerst auf den Gedanken, den Weibchen der Krebsen die natürlichen Bedingungen zum Rückhalt und Schlupf bei dem Brutgeschäft, welche sie in Löchern der Ufer haben, auch in den Bassins zu schaffen, durch nicht zu weite, durchgeschlagene Drainröhren. Die Krebsen sind ein stets guter Handelsartikel, da selbst im Großen 1000 Stück 20 Mark kosten. Für unsere Fischzucht im Binnenlande wäre es auch von großer Bedeutung, wenn bei der Flußregulirung mehr Rücksicht auf dieselben genommen würde. Vor Allem aber müßte gegen die Verunreinigung der Gewässer durch die Abfälle der Städte und Fabriken mehr Sorge getragen werden, welche nicht allein die Fische tödet, sondern auch der Gesundheit der Bevölkerung schädlich ist. In Folge eines Preises, den der Fischereiverein darauf gesetzt hat, ist diese Frage in vielfachen Schriften, namentlich v. W. Knauer in Köln zu lösen versucht worden.

N. M. Witt.

die Herberge zur Heimath besucht, wobei zum Theil die Prinzessin Elisabeth von Schaumburg-Lippe (geschiedene Gemahlin des Prinzen Wilhelm von Hanau) die Führung übernommen hatte. — Heute Abend, wo Se. Majestät der Kaiser Wiesbaden verläßt, wird in den Anlagen neben der Wilhelmstraße, die der Kaiser auf der Fahrt nach dem Bahnhofe passiert, Promenadenkonzert stattfinden und die Straße selbst bengalisch beleuchtet sein.

In Bremen fand am 8. Mai eine sehr zahlreiche besuchte allgemeine Wählerversammlung statt, welche einstimmig folgende Resolution beschloß: „Der Reichstag sag abgeordnete Mosle hat durch sein Verhalten im Reichstage das Vertrauen seiner Wähler verloren. Die versammelten Wähler erwarten daher, daß er sein Mandat niemals wiederlegt.“ In dieser Versammlung, in welcher auch Anhänger des Zollanschlusses anwesend waren, ist kein Wort zu Herrn Mosles Gunsten gesprochen worden. Trotz alledem ist anzunehmen, daß Herr Mosle sein Mandat behalten wird, da derselbe, nach eigener Aussage, lieber mit dem Fürsten Bismarck „irrt“, als mit seinen Wählern einverstanden ist.

Aus Kissingen meldet man privat, daß dort wieder Fürst Bismarck in der zweiten Hälfte des Monats Juni erwartet werde.

Frankreich.

Paris, 7. Mai. [Die Abschaffung des Gesetzes von 1814 über die Sonntagsfeier], die in erster Lesung heute vom Senat beschlossen wurde, veranlaßt das „Univers“, sich wieder in einen Schlammwulkan von Lästerungen gegen die Regierung und die Republik zu verwandeln und den Senat zum Einschreiten aufzufordern. Die Liberalen, die dafür stimmen, daß auch am Sonntag gearbeitet werden darf, wo es nötig ist, begeben nach dem „Univers“ „einen neuen Alt des Krieges gegen die Kirche und gegen Gott“, und so soll der Senat dieses Gesetz behandeln. „Der Senat hat im Namen der Freiheit gegen die Achtung der religiösen Orden protestiert; doch hier handelt es sich um eine Frage noch höherer Ordnung, es handelt sich um ein Recht Gottes, um ein auf alle Zeiten feierlich verkündetes Gebot. Gott aus dem französischen Gesetze auszuschließen, wäre noch viel schlimmer, als die Orden außer dem Gesetze zu erklären oder selbst zu vertreiben. Artikel 7 sieht an Wichtigkeit dem dritten Gebote Gottes nach. In sozialer Beziehung geschah seit Abschaffung des Kultus im Jahre 1793 nichts Schlimmeres als die Abschaffung des Sonntagsgesetzes im Jahre 1880.“ Nach diesen und ähnlichen Klagen fordert „Univers“ den Senat auf, „daß er Frankreich diese lezte Apostasie erspare und zugleich die Heimsuchungen, welche die Bestrafung des göttlichen Gebotes sind, verhüte“.

Großbritannien und Irland.

[Die Entsendung Mr. Goschen's in Spezialmission nach Konstantinopel] hat den ungetheilten Beifall der öffentlichen Meinung Englands, weil man darin den sichersten Beweis erblickt, daß das neue Kabinett nicht gesonnen ist, ohne Weiteres mit der orientalischen Politik der Tories, wenigstens soweit die Türkei in Betracht kommt, zu brechen. Mr. Goschen sei der rechte Mann am rechten Platze. Die „Times“ freut sich, die Mithteilung von dieser Ernennung bringen zu können.

Die sofortige Abberufung Sir Henry Layards, bemerkte das Cityblatt, sei nicht wünschenswerth gewesen, da sie auf einen gänzlichen Wechsel der englischen Politik hätte schließen lassen. Sir Henry sei nicht erfolgreich gewesen, habe seinen Posten aber auch unter den schwierigsten Verhältnissen angetreten; darum sei es gut, daß derselbe zeitweilig sich entferne und die Ansprüche der britischen Regierung der Pforte durch einen Botschafter kundgethan werden, welcher mit jener Autorität sprechen könne, welche ihm ein direkter Auftrag der neuen Regierung verleihe, einem Mann, dessen Energie nicht durch beharrliche und nahezu fruchtlose Bemühungen erschöpft sei. Man müsse die Regierung zu dieser Wahl entschieden beglückwünschen. Die Stellung sei eine hochwichtige und erhebliche einen Mann von hoher persönlicher und öffentlicher Fähigkeit. Die orientalische Frage sei das Hauptproblem moderner Staatskunst und Konstantinopel der Mittelpunkt, von dem die Lösung auszugehen habe. Die regierenden Klassen der Türkei seien nicht etwa leicht zu behantern. Ein Spezial-Botschafter bedürfe in gleichem Maße der Fähigkeit und Autorität; es sei aller Grund zur Annahme vorhanden, daß Mr. Goschen dieselben besitze. Er sei zweimal Kabinettsminister gewesen und habe in Mr. Gladstone's letzter Regierung den wichtigen Posten eines Marineministers bekleidet. In Folge einer Meinungsverschiedenheit gehöre er dem jetzigen Kabinett nicht an, ohne daß ihm dieser Zug der Unabhängigkeit gerichtet hätte. Er stehe im ersten Range liberaler Staatsmänner und stehe als Botschafter in Konstantinopel an Autorität selbst einem Kabinetsmitglied kaum nach. In orientalischen Angelegenheiten sei er kein Neuling. Im Jahre 1876 habe er als britischer Delegirter für die Reorganisation der Finanzen und Staatschuld Ägyptens gewirkt und sich seiner schwierigen Aufgabe würdig gezeigt. Diese Ernennung sei ferner befriedigend, indem sie ein Beweis sei, daß das neue Kabinett entschlossen sei, in türkischen Angelegenheiten energisch aufzutreten. Die Türkei habe bezüglich Montenegro das alte Spiel treiben wollen; Lord Granville's Initiative sei es zu danken, daß die Großmächte eine zweite Kollektivition an die Pforte gerichtet. Dieser Schritt scheine Eindruck gemacht zu haben. Noch andere Symptome wiesen darauf hin, daß die Pforte die Gefahr erkannt habe, die Wünche der Mächte in Bezug auf den Berliner Vertrag so lange unbeachtet gelassen zu haben. Möglicherweise dürfte ein Wendepunkt in türkischen Angelegenheiten eingetreten sein. Ein längerer Widerstand des Sultans und seiner Minister säme dem Selsiptord gleich. Der neue englische Botschafter werde nicht allein energisch sprechen, sondern auch weise Vorschläge bezüglich der finanziellen Schwierigkeiten machen können. In orientalischen Angelegenheiten komme Alles auf persönlichen Einfluß an; fester Wille und Charakterstärke hätten ein gutes und günstiges Feld.

Deutscher Reichstag.

50. Sitzung. (Abendsitzung.)

Berlin, 10. Mai. Präsident Graf v. Arnim-Boisenburg eröffnet die Sitzung um 8 Uhr.

Am Bundesrathstische Graf zu Stolberg, Hofmann, v. Schelling, v. Philipsborn und mehrere Kommissare.

Das Haus tritt zunächst in die dritte Berathung der Elbschiffahrtsakte ein.

Die Abgg. v. Seydel und Genossen beantragen, die Art. 4 und 37 wiederzustellen.

Die Abgg. Dr. Delbrück und Dr. Windthorst beantragen, den Entwurf der Elbschiffahrtsakte zur schriftlichen Berichterstattung an die Kommission zurück zu verweisen. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Windthorst empfiehlt seinen Antrag als den kürzesten Weg zur Erledigung der ganzen Angelegenheit.

Abg. Richter (Hagen) erklärt sich mit dem Antrage Windthorsts einverstanden, nachdem des Morgens die Frage materiell dahin entschieden sei, daß die Mehrheit dieses Hauses nicht damit einverstanden sei, daß die Freihafensstellung Hamburgs zu Wasser belagert werde.

Abg. Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode hält an der Berechtigung des Bundesraths bezüglich der Feststellung der Zollgrenze fest und kann deshalb nur den Antrag von Seydel zur Annahme empfehlen.

Hierauf wird die Diskussion geschlossen und der Antrag Windthorsts auf Zurückverweisung an die Kommission angenommen, womit die Elbschiffahrtsakte besiegt ist.

Auf Grund des mündlichen Berichts der Geschäftsortnungskommission wird dem Reichskanzler die erbetene Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung der „Pfälzischen Volkszgt.“ und des „Nürnberger Tageblattes“ wegen Beleidigung des Reichstages nicht erteilt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Hierauf gibt der Präsident Graf v. Arnim-Boisenburg eine kurze Übersicht über die Thätigkeit des Reichstages in der abgelaufenen Session, über die eingegangenen Vorlagen, Interpellationen, Anträge und Petitionen. Sitzungen haben stattgefunden: im Plenum 50, in den Abtheilungen 94, in den Kommissionen 109.

Abg. Bennington: M. H., in dem Momente, wo wir am Schluß unserer Berathung stehen, ersuche ich Sie, unserem Herrn Präsidenten für die von ihm bewiesene Hingabe, Unparteilichkeit, Gerechtigkeit und Energie unser aller Dank auszusprechen, indem wir uns von unseren Pflichten erheben. (Geschieht. Lebhafte Bravo!)

Präsident dankt herzlich für diese Anerkennung und spricht seinerseits den beiden Vizepräsidenten, sowie den Schriftführern und Quästuren des Hauses für die treue Unterstützung seines Dank aus.

Hierauf verliest der Vizekanzler Graf zu Stolberg-Wernigerode eine Allerhöchste Botschaft, nach welcher er beauftragt wird, die Sitzungen des Reichstages am 19. Mai zu schließen, und fügt hinzu: Auf Grund der soeben verlebten Allerhöchsten Ermächtigung erkläre ich im Namen der verbündeten Regierungen auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers die Sitzungen des Reichstages für geschlossen.

Präsident Graf von Arnim-Boisenburg: Wir aber schließen unsere Sitzungen mit dem Rufe der treuen Ehrebetzung gegen unseren Kaiser, mit dem wir die Sitzungen begonnen haben: Se. Majestät der deutsche Kaiser, Wilhelm, König von Preußen, Er lebe hoch!

Das Haus stimmt dreimal begeistert in den Ruf ein.

Schluss der Sitzung 8 Uhr.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 11. Mai. Die Abgeordneten nahmen unverändert den Gesetzentwurf, betreffend die Artikulirung der provisorischen Handelskonvention mit Deutschland, an. (Wiederholte.)

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung“.

↗ Berlin, 11. Mai, Abends 7 Uhr.

Am Donnerstag hält der Bundesrat die erste Sitzung nach der neuen Geschäftsortnung ab, daher sind auch statt der bisherigen Substituten die neuernannten Bevollmächtigten zugegen. Auf der Tagesordnung sind viele Gegenstände, darunter einer, betreffend Mittheilungen über Drucksachen des Bundesraths in öffentlichen Blättern.

Bermisches.

* Kampf im Eisenbahnwagen. In dem Nachzuge, der Abends von Marseille abgeht, hat, wie aus Paris geschrieben wird, in einer der letzten Nächte ein entziehlicher Kampf stattgefunden zwischen einem Eisenbahnunternehmer und einem Belgier. Die beiden Männer saßen allein in einem Coupé erster Klasse. Der Eisenbahnunternehmer Herr Poulangeon, der eingeschlafen war, erwachte von einem heftigen Schmerz in der Seite. Er sieht seinen Reisegefährten vor sich stehen, einen blutenden Dolch in der Hand und bereit, wieder zu stechen. Trotz der erhaltenen Wunde weiß sich Poulangeon vor dem zweiten Stoß zu schützen und seinen Gegner mit einem kräftigen Tritte zu Boden zu werfen. Der Mörder springt auf, und es beginnt nun ein entzündlicher Kampf Mann gegen Mann. Der Angegriffene entzieht dem Mörder die Waffe, aber dieser zieht einen Revolver und schießt das Opfer seiner Mordlust in den Schenkel. Das Ringen dauert fort, aber durch den Blutverlust erschöpft, fällt Poulangeon nieder und kann sich nur eben der Angriffe des Mörders erwehren. Endlich hält der Zug an einer Zwischenstation; durch den Lärm aufmerksam gemacht, öffnet man die Abtheilung des Wagens und findet die beiden blutenden Insassen, die sofort in die Station geführt werden, wo die erste Vernehmung stattfindet. Leider ist der Zustand des Herrn Poulangeon höchst bedenklich.

* Ein originelles Gerichtsurtheil fällt nach der russischen „Peterschen Gouv.-Ztg.“ ein Wolosrichter dieses Gouvernements. Ein Bauer fragte, daß ein Hammel im Wert von zwei Rubeln ihm gestohlen sei und berichtete ferner, er habe ermittelt, daß von seinem Nachbar besagter Hammel geschlachtet sei. Der Angeklagte erklärte: der Hammel wäre ihm zugelaufen und da habe er ihn allerdings geschlachtet. In Anbetracht des eigenen Geständnisses nun verfügte der Richter: Der Angeklagte ist mit 20 Rutenstrichen zu bestrafen, dann mit der Haut des getöteten Hammels zu bekleiden und unter Trommelschlag durch die Straßen des Dorfs zu führen; bei dem Fenster eines jeden Einwohners soll Halt gemacht und dem Sünder ein Hieb verheißen. Beide Theile waren mit dem Urtheilspruch zufrieden.

* Internationale Ausstellung von Hunden aller Rassen vom 21. bis 25. Mai in Berlin. Die Anmeldungen zu dieser Ausstellung sind so reichlich eingegangen, daß ein großer Theil zurückgewiesen werden mußte. Es werden 1050 einzelne Hunde resp. Würfe und 2 Meuten ausgestellt sein, deren Gesamt-Kopfzahl etwa 1200 betragen wird. Auf dem Plateau von Tivoli erhebt sich bereits eine kleine Stadt, über 1000 Wohnungen elegant und praktisch erfreten, um die beliebten Bierfüßler aufzunehmen. Eine stattlichere Reihe von Neufundländern, Alpen- oder Bernhardhunde und Doggen, lauter ausgesuchte große Exemplare und nahe 300, hat noch niemals beisammen gestanden und werden einen imposanten Anblick gewähren. Es werden einige Hunde ausgestellt, welche als ganz hervorragende Exemplare die Kleinigkeit von pro Kopf 20,000 Mark kosten. Auch in allen anderen Klassen werden vorzügliche Hunde vertreten sein. Unsere Nachbarn in England betheiligen sich mit nahe 200 Köpfen. Das in London erscheinende erste Sportblatt Englands „The field“ vom 1. Mai d. J. schreibt: „Die Ausstellung in Berlin wird die großartigste sein und mit besseren Hunden bestellt, als wir seit Jahren in England eine Ausstellung gehabt haben. Wir freuen uns über dieses Resultat und beglückwünschen unsere deutschen Freunde zu diesem Erfolg.“ So eine in England sehr renommierte Zeitung. Die feierliche Eröffnung wird am 21. Mai, Vormittags 10 Uhr, von dem Prinzen Carl von Preußen erfolgen, und werden zu derselben Se. Maj. der Kaiser, die königlichen Prinzen, die Spitäler der Behörden, die Presse und viele hervorragende Personen besonders eingeladen werden. Ein großartiges Festbanquet wird am 22. Mai auf Tivoli stattfinden.

Locales und Provinzielles.

Posen, 10. Mai.

r. [In Angelegenheit des Sekundärbahnenprojektes Posen-Wongrowitz-Bromberg] hatte am 8. d. M. eine Deputation aus den Kreisen Posen, Orlowit, Wongrowitz und Schubin eine Audienz beim Eisenbahn-Minister Herrn Maybach. Nach den Ausführungen des Herrn Ministers ist keine Aussicht dazu vorhanden, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Staat die projektierte Eisenbahn bauen wird; doch gab er zu verstehen, daß unter den in Betracht kommenden Projekten zu einer näheren Verbindung zwischen Posen und Bromberg dasjenige, nach welchem eine direkte Bahnverbindung von Posen über Wongrowitz nach Bromberg geführt werden sollte, den Vorzug vor jedem anderen Projekt verdiene. Es scheint danach wohl Aussicht vorhanden zu sein, daß zur Ausführung der Vorarbeiten für das Bahnprojekt Posen-Wongrowitz-Bromberg baldigst die ministerielle Genehmigung ertheilt werden wird.

r. [Zur Beherzigung für Auswanderungslustige.] Für Auswanderer nach Nordamerika dürfen folgende Rathschläge und Mittheilungen, die wir dem Jahresberichte der deutschen Gesellschaft der Stadt New York pro 1879 entnehmen, sehr beherzigenswerth sein:

Zunächst werden die Auswanderer davor gewarnt, sich durch gewissenhafte und gewinnbringende Auswanderungs-Agenten über England oder Frankreich nach Amerika befördern zu lassen, indem jene Agenten lediglich ihres eigenen Vortheils wegen ihre arglosen und leichtgläubigen Landsleute dazu bestimmen. Ebenso wird von der Auswanderung über Antwerpen abgerathen. Es heißt dann weiter: Gewöhnlich haben die deutschen Auswanderer irgendeine Vorstellung über die Bedingungen des nordamerikanischen Heimatengesetzes, durch dessen Kenntnis sie zu der Überzeugung gelangen würden, daß es nicht leicht ist, wie ihnen dies von den Agenten etc. eingeredet wird, in Nordamerika Regierungsländer kostenfrei zu erhalten, ganz abgesehen von den großen Anstrengungen, die notwendig sind, das ihnen unter erschwerten Umständen gelehnte Land urbar und nutzbringend zu machen. Das Heimstättengesetz mag für Anlegung von Kolonien, wo viele Familien zusammenhalten und die großen Anstrengungen und Entbehrungen mehrjähriger Arbeit nicht scheuen, viele Vortheile, namentlich für die Unbemittelten, bieten, aber es wäre thöricht, zu glauben, daß jeder Einwanderer das Recht hätte, sich bei seiner Ankunft ein Stück Land nach seinem Gefallen auszusuchen, oder daß das geschenkte Land mit geringer Mühe ertragfähig gemacht werden kann. Leider ist diese Ansicht so unglaublich es scheint, namentlich bei dem deutschen Bauer weit verbreitet, und dient diese auch wohl dazu, ihn zu bestimmen, mittellos mit seiner ganzen Familie auszumwandern, in der Erwartung, bereits in einigen Monaten die Früchte seines Fleißes auf seinem Eigentum zu erwerben. Es mag daher ganz gut sein, ihn von dieser irrgewissen Ansicht zu heilen und ihm zu beweisen, daß er durch das geschenkte Regierungsland noch lange nicht selbst am Ziel seiner bestreiten Erwartungen angelangt ist. — Nach dem Heimstättengesetz hat jeder Bürger der Vereinigten Staaten oder jeder sich um das Bürgerrecht bewerbende das Privilegium, entweder 160 Acre desjenigen der Regierung gehörigen und noch unbebauten Landes zu beanspruchen, dessen Preis auf 1,25 Dollar per Acre festgelegt ist, oder 80 Acre desjenigen Landes, dessen Preis die Regierung auf 2,50 Dollar per Acre normirt hat. Der sich Bewerbende muß Oberhaupt einer Familie sein, das 21. Lebensjahr überschritten haben und sich verpflichten, das Land zu eigener Benutzung zu übernehmen. Einen Besitztitel auf dieses „Heimstätteland“ erhält der Inhaber erst nach Ablauf von 5 Jahren, jedoch nur unter der Bedingung, daß er dasselbe 5 Jahre lang ununterbrochen bearbeitet und bebaut hat; war dies nicht der Fall, so kann ihm das Land wieder entzogen werden. Wer vor Ablauf von 5 Jahren den Besitztitel erlangen will, muß den vorgeschriebenen Preis von 2,50 resp. 1,25 Dollar pro Acre zahlen. — Diese Bestimmungen beziehen sich jedoch nur auf das Regierungsland, während jeder einzelne Staat über die demselben gehörenden Ländereien spezielle Gesetze erlässt.

△ Der Oberlandesgerichts-Präsident v. Kunoowski ist heute zur Inspektion des Amtsgerichts nach Neutomischel gereist.

Personal-Chronik. Vom 16. Mai 1880 ab ist der Förster Pohl I. zu Kirchensee, Oberförster zu Waice, auf die Försterstelle zu Theerofen, Oberförster zu Hundeshagen, versetzt. Der Förstaufführer Barth in Alt-Lastow, Oberförster zu Eichstädt, ist zum Förster ernannt. Der sich Bewerbende muß Oberhaupt einer Familie sein, das 21. Lebensjahr überschritten haben und sich verpflichten, das Land zu eigener Benutzung zu übernehmen. Einen Besitztitel auf dieses „Heimstätteland“ erhält der Inhaber erst nach Ablauf von 5 Jahren, jedoch nur unter der Bedingung, daß er dasselbe 5 Jahre lang ununterbrochen bearbeitet und bebaut hat; war dies nicht der Fall, so kann ihm das Land wieder entzogen werden. Wer vor Ablauf von 5 Jahren den Besitztitel erlangen will, muß den vorgeschriebenen Preis von 2,50 resp. 1,25 Dollar pro Acre zahlen. — Diese Bestimmungen beziehen sich jedoch nur auf das Regierungsland, während jeder einzelne Staat über die demselben gehörenden Ländereien spezielle Gesetze erlässt.

— n. Die einheitliche Organisation des Schulwesens der Stadt Posen, soweit dasselbe unter der Leitung des königlichen Kreisinspektors Oberbürgermeisters Kohle ist, ist jetzt nicht nur äußerlich, sondern auch in den inneren, unterrichtlichen Beziehungen eine fast vollständige. Es ist ein gleiches Verfahren bei den öffentlichen Prüfungen eingeführt und sind in allen Schulen dieselben Zeugnissformulare, sowie die gleichen Zeugnisspräparate vorgeschrieben worden. Wie nötig und wichtig die letztere Vorschrift war, erhebt u. A. daraus, daß noch vor kurzer Zeit in einer hiesigen Privatschule Zeugnisse nur in polnischer Sprache ausgegeben wurden. Eine sehr dantonscher Regel ist ferner die jetzt verfügte Einführung eines einheitlichen Buchstaben-Systems für den Kalligraphie-Unterricht und in Verbindung damit einheitlicher Liniaturen und Schreibheften in den hiesigen Schulen. Bisher hatte nicht jede Schule, sondern jede Schule in einer derselben Schule auch jeder Schreiblehrer sein eigenes Buchstaben-System für den Kalligraphieunterricht, und die Schüler mußten in einem Jahre Formen üben und sich zu eignen machen, die im nächsten Jahre und in den folgenden Klassen nicht selten als falsche bezeichnet und verworfen wurden, indem der Lehrer seine eigenen Formen an deren Stelle setzte. Natürlich gingen unter solchen Verhältnissen nur selten Schüler mit brauchbaren Handschriften aus der Schule hervor. Zu diesem Zwecke warr im Buchstaben-System famen nun noch schlechte Schreibhefte, welche die Kinder nicht selten aus Zigarren- und Seifenläden, holen. Häufig wurden Hefte in den allerwertigsten Linien-Systemen, vom Verhältnisse endlich Klarheit hineinzubringen, war ein Gebot dringender Nothwendigkeit. Der Kreisinspektor akzeptierte deshalb eine vom Verein Posener Lehrer in Vorschlag gebrachte und dem angenommenen Sektor bzw. Vorsteher einer Privatschule, spätestens vom November d. J. ab nach der vorgeschriebenen Liniatur, die nächstens jedem einzelnen in einem Probeheft zugehen soll, unterrichten zu lassen, während das eingeführte Buchstaben-System gegenwärtig schon dem Kalligraphie-Unterricht zu Grunde gelegt werden muß. Ein solches Probeheft soll, wie wir erfahren, auch jedem Papierhändler der Stadt nächstens übergeben werden mit dem Anhören, seine Hefte in gleicher Güte und gleicher Liniatur künftig einzurichten zu lassen.

r. Der Provinzialverein der Kaiser Wilhelms-Stiftung für Invaliden aus den Jahren 1870/71 erhielt von der Zentralstelle in Berlin i. d. 1879 einen Zuschuß von 7000 M., welche in der Weise verhindert worden sind, daß 85 Invaliden vom Feldwehr abwärts zusammen mit 2555 M. und die Hinterbliebenen von 90 Kombattanten mit 4766 M. unterstützt wurden.

r. Der Posener Provinzialverein zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger hat im Jahre 1879 für die Hinterbliebenen der auf dem „Großen Kurfürst“ verunglückten Seeleute Sammlungen veranstaltet, die den Gesamtertrag von 2816 Mark ergeben haben; davon brachte der Zweigverein in Posen 1628 M. auf.

Bur Menschenfängerei russischer Polizisten in Preußen. Wir haben bereits anlässlich der Entführung des Nihilisten Paul Natuszewicz aus Preußen, worüber man von Seiten unserer Behörden ein gesichtliches Stillschweigen beobachtet hat, darauf hingeniesen, daß in den östlichen preußischen Provinzen zahlreiche russische Geheimpolizisten ihr Wesen treiben. Auch der „Kurier poznański“ warnt jetzt das polnische Publikum wieder vor einem geheimen russischen Polizeiagenten R., der, wie dem Blatte aus Argonau, Kreis Nowrażlaw, berichtet wird, seit Kurzem in der dortigen Gegend sich aufhalte und sich zu vertrauten Personen geäußert habe, daß er Aufträge von der russischen Regierung erhalten habe und zum Zwecke der Ausführung derselben nach der Provinz Posen gekommen sei, und daß die russische Regierung ihm sogar, falls es nötig sei, einen ganzen Eisenbahngewagon zur Verfügung gestellt habe. Man vermuthet, daß dieser Agent einen ähnlichen Auftrag hat, wie ihn im Januar dieses Jahres der russische Geheim-Sbirre Goerke mit Hilfe eines bestochenen Individuums ausführte und bei der es sich um die Ergreifung und Verhaftung eines russischen Nihilisten handelte, welche Sache damals sehr viel Staub aufwirbelte, leider aber allmählich wieder im Sande verlaufen ist. Der neue Polizeiagent soll die Stadt Posen zum Schauplatz seiner geheimen Thätigkeit auseinander haben und bereits dahin abgereist sein.

Für Reisen nach Kopenhagen. Seit dem 1. April hat die Verbindung zwischen Kiel und Korsör eine wesentliche Verbesserung erfahren. Es ist eine täglich zweimalige Postdampfschiffahrt hergestellt worden, indem zu den bisherigen Nachfahrten jetzt auch ausgezeichnete Anschlüsse gewähren. Die Dampfschiffe der neuen Tagessverbindung haben folgenden Gang: aus Kiel um 11 Uhr 45 Minuten Mittags, nach Ankunft des (neuen) Schnellzuges der Altona-Kieler Eisenbahn (aus Hamburg um 8 Uhr 40 Minuten Morgens — nach Aufnahme des Anschlusses von Berlin, Frankfurt a. M. und Köln — in Kiel um 11 Uhr 30 Minuten Vormittags); in Korsör gegen 6 Uhr 45 Minuten nachmittags zum Anschluß an den Abendschnellzug nach Kopenhagen (aus Korsör 7 Uhr 25 Minuten Abends, in Kopenhagen 10 Uhr 30 Minuten Abends); aus Korsör 9 Uhr 45 Minuten Vormittags nach Ankunft des Morgenschiffzuges aus Kopenhagen (aus Kopenhagen 6 Uhr 45 Minuten Morgens); in Kiel um 4 Uhr 45 Minuten Nachmittags zum Anschluß zum Anschluß an den Nachmittagszug nach Hamburg (aus Kiel 5 Uhr 18 Minuten Nachmittags; in Hamburg 8 Uhr 55 Minuten Abends). In Kiel legen die Dampfschiffe in unmittelbarer Nähe des Eisenbahnhofes an. Durchgehende Billets für Reisende und deren Gepäck werden an allen größeren Eisenbahnstationen ausgegeben. Die Schiffe sind auf das Komfortabelste eingerichtet und bieten dem reisenden Publikum alle Bequemlichkeiten; an Bord befindet sich eine vorzügliche Restauration; man kann table d'hôte und à la carte speisen. Der Gang der Nachschiffe ist unverändert geblieben.

r. Ein polnischer Hochstapler. Vor einiger Zeit wurde hier ein russisch-polnischer Überläufer verhaftet, der sich Regimentsarzt Dr. Dobrzański nannte, in Wirklichkeit aber den Namen Morski führt. Über das Vorleben dieses gefährlichen Hochstaplers ist Folgendes festgestellt: Derfelbe wurde im Jahre 1848 im Gouvernement Krakau geboren, und ist der Sohn eines bereits verstorbenen Gutsbesitzers. Nachdem er das Gymnasium besucht, betheiligte er sich in dem Alter von 15 Jahren angeblich an der Insurrektion im Jahre 1863, feierte dann nach Hause zurück, erlernte dort die Landwirthschaft, und trat 1866 als Freiwilliger bei der russischen Infanterie ein. Er deferte jedoch, ging nach Lemberg, und von da im September 1871 nach der Provinz Posen. Hier befleidete er auf mehreren polnischen Rittergütern die Stelle eines Wirtschaftsbeamten, und wurde als Wirtschaftsschreiber beim Rittergutsbesitzer v. Mojszenki auf Wapno wegen Verdachts des Gelddiebstahls und der Brandstiftung im Sommer 1873 verhaftet, jedoch nach mehrmonatlicher Untersuchungshaft entlassen. Von hier begab er sich nach Krakau, heirathete dort im Jahre 1874 eine Kaufmannswitwe, verließ unter Zurücklassung seiner Gattin Krakau im Jahre 1878, und zog nach Warschau, wo er auf Grund eines gefälschten Passes aus Krakau unter dem Namen eines Regimentsarztes Dr. Dobrzański aus Posen auftrat. Als solcher reiste er öfters nach Czenstochau, und verkehrte dort viel mit russischen Husarenoffizieren, deren einem damals seltsamer Weise eine goldene Uhr im Wert von 600 M. und ein silbernes Cigarren-Etui verschwand. In Warschau machte er die Bekanntschaft einer polnischen Gutsbesitzerin und verlobte sich mit der Tochter derselben. Nachdem schon der Hochzeitstag bestimmt war, verabschiedete sich der Hochstapler, angeblich um die zur Verheirathung erforderlichen Papiere aus Posen zu holen, und nahm dabei von seiner Braut eine goldene Damenuhr und mehrere goldene Ringe mit, unter dem Vorzeichen, dieselben in Posen reparieren resp. ändern zu lassen. Überdies sind während seines Aufenthalts bei seinem zukünftigen Schwager in Warschau in diesem 120 Rubel baar und 700 Rubel in Schuldhändlern abhanden gekommen. In Posen tauchte der Hochstapler gegen Ende v. J. wieder auf, und zwar unter dem Namen des Dr. Dobrzański. Von hier ließ er durch einen Bekannten an seine Braut in Warschau einen Brief des Inhalts schreiben, daß der Dr. Dobrzański am 5. Januar 1880 in Posen gestorben sei; auch war diesem Briefe eine Todesanzeige aus einer der hiesigen polnischen Zeitungen beigefügt, wonach die Trauermesse für den Verstorbenen am 7. Januar d. J. stattfinden sollte. Die Familie seiner Verlobten jedoch, der die Sache verdächtig vorkam, wandte sich an das kaiserlich-deutsche Generalkonsulat in Warschau, welches mit der hiesigen Polizeibehörde in Verbindung trat. Der Hochstapler hatte inzwischen unter dem Namen Morski in der Provinz Posen wieder eine Stelle als Wirtschaftsbeamter angenommen, war bald darauf jedoch nach Galizien gegangen und hatte in Krakau seine Gattin besucht, die von allen seinen Schwindeldeien keine Ahnung hatte. Als dann reiste er nach Posen, wohin später seine Gattin aus Krakau ihm Geld nachschickte. Es gelang schließlich der hiesigen Polizeibehörde, den Hochstapler hier zu ermitteln und zu verhaften. Zwar versuchte er, am 3. d. M. aus der Zelle im Polizeigefängnis auszubrechen, doch wurde er dabei überrascht und sein Fluchtversuch vereitelt.

r. Überfahren. Die 6jährige Tochter eines Arbeiters wurde gestern Nachmittag durch ein gurcynner Ziegelfuhrwerk an der Ecke der St. Martins- und Bäckerstraße überfahren, so daß ihr beide Arme gebrochen worden sind.

Bur Warnung für ranflustige Biertrinker. Die Zufügung einer Körperverletzung mittels eines Bierglases, welches vom Thäter zum Zuschlagen benutzt wird, ist nach einem Erkenntniß des Reichsgerichts vom 10. März 1880 als qualifizierte Körperverletzung (Verletzung mittels eines gefährlichen Werkzeuges) aus § 223a Str.-Ges.-B. mit Gefängnis nicht unter zwei Monaten zu bestrafen.

L. Übersicht, 7. Mai. [Wohlthätigkeit-Kontroll-Satzen.] Auf Anregung des hiesigen Bürgermeisters Herrn Bernhardt fand vergangenen Sonntag im Saale des Herrn M. D. Niemoller hier zum Besten der hiesigen Armen vom hiesigen Männer-Gesang-Verein unter Leitung ihres Dirigenten und unter Mitwirkung der Geschwister Lindner aus Samter ein Konzert statt. Die Vorträge, welche theils von einem gemischten Chor, theils vom

Männerchor und theils im Solo stattgefunden haben, fanden unter den zahlreich anwesenden Personen allgemeinen Beifall. Es sind im Ganzen 93 Mark eingekommen. — Sowohl die Winter- als auch die Sommersaaten lassen bei ihrem üppigen Stande nichts zu wünschen übrig und es haben bis jetzt die in vorher Woche stattgehabten Nachfröste nichts geschadet.

Ö Czarnikau, 8. Mai. [Schüengilde. Unglücksfall. Marktpreise.] Am 6. d. Mts. fand im Lokale des Herrn Szafalski eine Generalversammlung der Mitglieder der hiesigen Schüengilde statt. Die Tagesordnung enthielt: 1. Bericht über Einnahme und Ausgabe im Rechnungsjahr 1879/80 und 2. Wahl des gesamten Vorstandes und der Chargen. Nach dem vom Rendanten, Herrn Kaufmann Maske gegebenen Bericht blieb nach Abzug der Ausgabe ein Baarvermögen von 7298 M. Zu Vorstandsmitgliedern wurden gewählt resp. wiedergewählt: Fleischermeister Schiebelin, die Hotelbesitzer Maske und Szafalski und Restaurateur Sichtermann. — Heute ereignete sich hier selbst ein sehr zu beklagender Unglücksfall. Der Zimmermann Weste aus Bloth stürzte, bei einem neuerrichteten Wohnhaus beschäftigt, aus einer Höhe von ca. 8 M. so unglücklich, daß er sofort seinen Geist aufgab. Die angestellten Wiederbelebungsversuche seitens des Herrn Dr. Rawitsch blieben erfolglos. Nach Aussage seiner Mitarbeiter ist der Verunglückte ein Opfer seiner Verwegenheit geworden. — Die Durchschnittsmarktpreise stellen sich für unsere Stadt pro April cr. wie folgt: Weizen 17,75—18,90 M.; Roggen 14,60—15,90 M., Gerste 14,25—15,75 M., Hafer 13,50—15,75 M., Roherbsen 17,50 M., Kartoffeln 3,75 M., Stroh und Heu 3,50 M. Zu Markt gebracht wurden im Ganzen ca. 200 Kgr. Weizen, 1900 Kgr. Roggen, 1900 Kgr. Gerste und 1100 Kgr. Hafer.

△ Rogasen, 9. Mai. [Vereinswesen.] Zur Ergänzung des Artikels betreffend den „Israelitischen Jungfrauen-Verein zu Rogasen“ sei folgendes mitgetheilt. Der Hauptzweck des Vereins ist nicht, wie dort angegeben, arme Mädchen bei ihrer Verheirathung zu unterstützen oder gar ein Handwerk erlernen zu lassen, sondern arme unbescholtene Mädchen, je nach deren Fähigkeiten, auszubilden zu lassen. Auch haben zur Gründung des Vereins, ebenso wie der Schriftführer, die in den Vorstand gewählten jungen Damen beigetragen.

— r. Wollstein, 8. Mai. [Fleischschau. Abfertigungssachen der hiesigen Kreisschule.] Vom 15. d. M. ab wird auch in den zum hiesigen Kreise gehörigen Ortschaften Neu-Kramzig, Alt-Kramzig und Wonnovo die obligatorische Fleischschau auf Trichinen eingeführt. Zum Fleischbeschauer ist der Schmiedemeister Karl Kubatki in Neu-Kramzig, der bereits die erforderliche Befähigung hierzu nachgewiesen hat, ernannt worden. — Die f. Regierung zu Posen hat die Abfertigungsstunden der hiesigen f. Kreiskasse auf die Zeit von 8 Uhr früh bis Mittags 1 Uhr festgesetzt und außerdem angeordnet, daß die Kreiskasse am letzten Tage eines jeden Monats, wenn dieser aber auf einen Sonntag oder Feiertag fällt, am Tage vorher geschlossen bleibt, im Monat April dagegen an den beiden letzten Tagen.

— r. Wollstein, 8. Mai. [Einführung des Rabbiners Dr. Jaffé.] Am 5. d. Nachmittags langte der zum Rabbiner der hiesigen Synagogen-Gemeinde gewählte Herr Dr. Jaffé, bisher in Kurnik, hier an und wurde Abends 8 Uhr vom Gemeindevorstande in die festlich geschmückte, hell erleuchtete Synagoge geleitet, woselbst er nach einem einleitenden Gefange vom Präses des Gemeindevorstandes, Herrn Rittergutsbesitzer J. H. Wasser, unter einer bezüglichen Ansprache feierlichst in sein hiesiges Amt eingeführt wurde. Herr Dr. Jaffé beftieg hierauf die Kanzel, dankte in bewegten Worten der überaus zahlreich versammelten Gemeinde für die auf ihn gelenkte einstimmige Wahl und sprach sich über sein beabsichtigtes Wirken in hiesiger Gemeinde in zu Herzen gehenden Worten aus. Mit dem vom hiesigen Gesang- und Musikverein I. der Mitglieder aller Konfessionen zählt, in prächtiger Weise intonirten Psalm: „Herr, unser Gott, wie groß bist Du“, von Schnabel, endete die erhebende gottesdienstliche Feier.

+ Neustadt b. P., 8. Mai. [Saaten.] Da der königliche Steuer-Ausfeher Balitski hier selbst sein Amt als Vorsteher der Schüengilde niedergelegt hat, so wurde in der am 6. d. M. abgehaltenen General-Versammlung der Vollziehungsbeamte Herr Friedrich Jann als solcher einstimmig gewählt. — Das diesjährige Pfingstfießen beginnt am 17. d. M. und dauert 3 Tage, wonächst am Sonntage den 23. Mai die Einführung des Schützenkönigs erfolgen wird. — Auf hiesiger Feldmark stehen die Saaten sowohl auf hoch als auf niedrig belegenen Ackerland gut und läßt sich voraussichtlich eine gute Ernte erwarten.

△ Kempen, 8. Mai. [Erbschaftsgesetz. Ausgewanderte Militärfreiheitliche.] Die Erbschaftskommission, welche hier vom 29. April bis zum 4. Mai tagte, hat aus dem Schildberger Kreise, der 60,000 Einwohner zählt, circa 140 bis 150 Taugliche zur Einführung designirt. — Die Stadt Kempen nebst ihren Vorstädten hat gegen 7000 Einwohner (von zwei Dritteln mosaischen Glaubens sind). Die Stadt hatte 140 Kantonisten zu stellen. Es waren aber nur 80 erschienen. Von diesen 80 wurden 4 als tauglich designirt. Von den noch fehlenden 60 sind ca. 12 Einjährig-Freiwillige, die Uebrigen aber waren nach Amerika ausgewandert.

□ Meesrist, 7. Mai. [Landwirtschaftliches. — Stadtverordneten-Ergänzungswahl. Vortrag. Verbot des Tabakrauchs von Seiten halbwüchsiger Burischen.] Der landwirtschaftliche Verein des Meesrister Kreises wird am Dienstag den 25. Mai cr. Nachmittags 3 Uhr auf dem Platze vor dem Schützenhause hier selbst eine Prämierung guter Mutterstuten und Fohlen, sowie geeigneter Bullen, Kühe und Jersey, welche sich im Besitz kleinerer Grundbesitzer hiesigen Kreises befinden, veranstalten. Es sind dem Verein zu diesem Zwecke aus Staatsfonds im Ganzen 745 M. bewilligt worden. — Zur Wahl zweier Stadtverordneten in Stelle der in das Magistrats-Kollegium eingetretenen beiden Stadtverordneten Maurermeister Brenzel und Zimmermeister Fischer hier selbst steht am 21. im Stadtverordneten-Sitzungssaale hier selbst Termin an. — Am 5. d. M. hielt Herr Rezitator Otto Kremerhoff im Saale des Hotels Spielbagen hier selbst einen Vortrag, und zwar hatte er sich das Drama „Faust“ zum Vortrage gewählt. Wie das hiesige Kreisblatt mittheilt, ist im benachbarten Jülichau-Schwiburg'scher Kreise von dem königl. Landrat unter Zustimmung des Kreisausschusses allen denjenigen Personen, welche das sechzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, das Tabak- und Zigarettenrauchen auf öffentlichen Straßen und Plätzen, sowie an sonstigen öffentlichen Orten, namentlich auch in Restaurants- und Vergnügungsläden durch Polizeiverordnung verboten worden. Zu widerhandlungen sollen mit Geldstrafe bis zu 30 M. ev. entsprechender Haft geahndet werden.

Der Entwurf eines Gesetzes

betreffend die Besteuerung der zum Militärdienst nicht herangezogenen Wehrpflichtigen.

(Fortsetzung.)

S. 9. Die Veranlagung der im § 8 bezeichneten Steuer erfolgt nach Maßgabe des Gesamtneinkommens, welches den Steuerpflichtigen:

1. aus Grundbesitz,
2. aus Kapitalvermögen,
3. aus Rechten auf periodische Gebungen oder auf Vortheile irgend welcher Art,
4. aus dem Ertrag irgend eines Gewerbes oder irgend einer Art gewinnbringender Beschäftigung

zufüsst. Das Einkommen der in § 6 bezeichneten Steuerpflichtigen wird indeß bei der Steuerveranlagung nur mit der Hälfte in Ansatz gebracht, welche, wenn mehrere Kinder vorhanden sind, noch durch die Koeffizienten 22,5% und 20% vermindert wird.

S. 10. Bei der Veranlagung ist es gestattet, besondere, die

Leistungsfähigkeit beeinflussende wirtschaftliche Verhältnisse der Steuerpflichtigen (eine große Anzahl von Kindern, die Verpflichtung zur Unterhaltung armer Angehöriger, andauernde Krankheit, ferner Verpflichtung und außergewöhnliche Unglücksfälle, sofern die Leistungsfähigkeit wesentlich dadurch beeinträchtigt wird) dergleichen zu berücksichtigen, daß eine Ermäßigung um eine Stufe stattfinden kann. Würde der Steuerpflichtige der untersten Stufe angehören, so kann seine Freilassung von der Steuer (§ 8) erfolgen.

Jeder Steuerpflichtige wird in demjenigen Bundesstaate zur Steuer herangezogen, in welchem er seinen Wohnsitz, d. h. eine Wohnung unter Umständen inne hat, welche auf die Absicht der dauernden Beibehaltung einer solchen schließen lassen.

Hat er in seinem Bundesstaate einen Wohnsitz, so wird er in demjenigen Staate besteuert, in welchem er sich aufhält. Hat der Steuerpflichtige seinen Wohnsitz bzw. seinen Aufenthalt ins Ausland verlegt, so erfolgt seine Besteuerung in seinem Heimatstaate.

Hat ein Steuerpflichtiger in seinem Heimatstaate und außerdem in anderen Bundesstaaten einen Wohnsitz, so kann er nur in dem ersten zur Steuer herangezogen werden.

Im Reichs- oder Staatsdienste stehende Deutsche werden in demjenigen Bundesstaate besteuert, in welchem sie ihren dienstlichen Wohnsitz haben.

Gehalt, Pension und Wartegeld, welches deutsche Militärpersonen und Zivilbeamte sowie deren Hinterbliebene aus einer Reichs- oder Landeskasse beziehen, wird, sofern diese Personen nicht in einem anderen Bundesstaate einen die Steuerentrichtung begründenden Wohnsitz oder Aufenthalt haben, in demjenigen Bundesstaate besteuert, in welchem die Zahlung geleistet wird.

Neben diesen Emolumen ist auch das aus dem Grundbegriff oder dem Betrieb eines Gewerbes herrührende Einkommen in demselben Bundesstaate zur Steuer heranzuziehen.

Beim Umzug aus einem Bundesstaat in einen anderen ist die Steuer für dasjüngste Kalenderquartal, in welchem der Umzug erfolgt, noch an die bisjüngste Steuerempfangsstelle zu entrichten.

S. 12. Der Steuerpflichtige hat den ihm bekannt zu machenden Betrag der Steuer vierteljährlich in den ersten 8 Tagen des letzten Monats des betreffenden Kalenderquartals zu entrichten. Es hängt von ihm ab, ob die Steuer auch für einen längeren Zeitraum bis zum ganzen, in dem Steuerjahr zu entrichtenden Betrage zu bezahlen.

Von Denjenigen, welche Besoldungen, Emolumente, Wartegelder und Pensionen aus einer Reichs- oder Landeskasse beziehen, kann die Steuer in der Art erhoben werden, daß der Betrag bei der Kasse, aus welcher die letzteren gezahlt werden, in Abzug gebracht und der Empfangsstelle überwiegen wird.

S. 13. Beschwerden über die Festsetzung beziehungsweise Veranlagung der Steuer (§§ 7 und 8) sind mit Ausschluß des Rechtsweges binnen einer Frist von vier Wochen nach erfolgter Bekanntmachung der Heberolle, beziehungsweise der etwaigen besonderen Benachrichtigung des Steuerpflichtigen bei derjenigen Behörde anzubringen, welche die Steuer festgesetzt, beziehungsweise veranlagt hat. Die Entscheidung erfolgt seitens der Bezirks-Steuerbehörde des Bundesstaates, in welchem die Festsetzung, beziehungsweise Veranlagung der Steuer stattgefunden hat. Gegen diese Entscheidung ist binnen einer Frist von vier Wochen nach dem Empfange derselben die weitere Beschwerde an die oberste Landes-Finanzbehörde zulässig. Die Entscheidung dieser Behörde ist endgültig.

S. 14. Ab- und Zugänge am Einkommen während des Steuerjahrs ändern an der einmal veranlagten Steuer nichts.

Erläßt jedoch ein steuerpflichtiges Einkommen nach geschehener Veranlagung gänzlich, so ist die ganze davon veranlagte Steuer (§ 8) von dem Beginn des Kalenderquartals ab, in welchem der Antrag auf Ermäßigung der Steuer gestellt oder das fragliche Einkommen gänzlich erlochen ist, in Abgang zu stellen.

Wird ein Steuerpflichtiger nach geschehener Veranlagung von dem Verlust einer Einnahmequelle oder von außergewöhnlichen Unglücksfällen betroffen und dadurch in seinem Nahrungs- und Zuwendungszustand zurückspringt, so kann die Bezirkssteuerbehörde die Steuer zu einem verhältnismäßig geringen Betrage erlassen.

(Schluß folgt.)

Aus dem Gerichtssaal.

C. Posen, 8. Mai. [Schwurgericht. Waldwärter. Meinedemann August Krüger aus Ludom-Kolonie war gestern angeklagt, am 27. August 1879 zu Ludom-Dombrowski den Lorenz Ruminski, einem von dem Waldeigentümer bestellten Aufseher, in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes thäglich angegriffen und durch diesen Angriff eine Körperverletzung des genannten Ruminski verursacht zu haben. Eine solche an einem Forstbeamten ic. oder an einem Waldwärter verübte Körperverletzung wird von dem Strafgesetzbuch mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bedroht. Am Abend des erwähnten Tages war der Angeklagte mit Ruminski und anderen Personen in der Schenke zusammen. Der Angeklagte brach zuerst auf, um seine 3 Stück Bier weiter zu tragen. Ruminski ging ihm nach, weil er vermutete, der Angeklagte würde einen verbotenen Weg durch den seiner Aufsicht unterstellten Wald einschlagen. Seine Vermuthung bestätigte sich. Als er deswegen den Angeklagten eingeholt hatte, verbot er ihm auf dem eingeschlagenen Wege weiter zu tragen. Der Angeklagte leistete dieser Auflösung keine Folge. Er schlug vielmehr auf den Waldwärter los, traf aber nur den von diesem zur Abwehr vorgehaltenen Stock, so daß dieser niedergedrückt wurde und die Schulter des Angeklagten berührte. Darauf fasste der Angeklagte den Waldwärter vor die Brust und mißhandelte ihn erheblich. Aber auch er selbst trug von dem sich verhandelnden Waldwärter einige Schmaren davon.

Walde nahe an einem Hauptwege einen Wanderer überfallen und berauben würde, das Schuldig über den Angeklagten auszusprechen. Gemäß diesem Antrage sprachen die Geschworenen den Angeklagten der Körperverletzung des Waldwärters Numiniski, diesem bei rechtlicher Ausübung seines Amtes zugefügt, schuldig, erkannten jedoch das Vorhandensein mildernder Umstände an. Der Gerichtshof verurteilte ihn zu einem Jahre und 6 Monaten Gefängnis.

Sodann wurde in die Verhandlung gegen den Tischler Gustav Bechstein und den Tischlergesellen Kasimir Jaworowicz, beide von hier, auf Grund der wegen Meineides gegen dieselben erhobenen Anklage eingetreten. Auf Antrag des Angeklagten Bechstein wurde von der hiesigen Staatsanwaltschaft gegen das Dienstmädchen Nowakowska die Anklage wegen Hausfriedensbruches erhoben. Dieselbe kam am 15. November v. J. vor dem Schöffengericht hier selbst zur Verhandlung. In derselben traten die heutigen Angeklagten als Zeugen gegen die Nowakowska auf. Bechstein sagte damals aus: Die Nowakowska wäre in seine Wohnung gekommen, hätte ihn wegen einer von ihm gemachten Neuherierung zur Rede gestellt und hätte ihn beschimpft. Er habe sie darauf wiederholt zum Verlassen seiner Wohnung aufgefordert; sie sei derselben jedoch nicht nachgekommen. Jaworowicz, der bei dem fraglichen Vorfall im Nebenzimmer, zu dem die Verbindungstüre offen stand, gearbeitet hatte, bestätigte durchaus die Angaben des Bechstein. Es wurde in der damaligen Verhandlung auch ein 11jähriger Knabe vernommen, der, als ihm die Frage, ob er die zehn Gebote kenne, und andere Fragen vorgelegt wurden, immer geläufig antwortete: „Bechstein hat die Nowakowska dreimal zum Verlassen seiner Wohnung aufgefordert; sie ist aber nicht gegangen.“ Aus dem offiziellen Benehmen dieses Knaben glaubte das Schöffengericht zu der Annahme, daß derselbe zur Abgabe der angeführten Aussage gebrüllt sei, berechtigt zu sein. Da außerdem eine Entlastungzeugnis Aussprache mache, die mit denen des Bechstein und des Jaworowicz in direktem Widerspruch ständen, sprach das Schöffengericht die Angeklagte Nowakowska von der Anklage des Hausfriedensbruchs frei. Bechstein und Jaworowicz wurden jedoch wegen des erwähnten Zeugnisses zur Rechenschaft gezogen und wegen wissentlichen Meineides angeklagt. Die Anklage behauptet, daß Bechstein und Jaworowicz in der gedachten Sitzung des Schöffengerichts wesentlich folgende rechtswidrige Behauptungen mit einem Ende bekräftigt haben: Nowakowska habe den Bechstein geschimpft, Bechstein habe ihr mehrfach die Thüre gewiesen, sie sei aber nicht gegangen. Bechstein habe sie nicht geschlagen und nicht geschimpft. Die Unwahrheit dieser Thatachen wurde nach der Meinung des Staatsanwalts durch die heutigen Zeugenaussagen zur Genüge dargethan, deshalb mußten die Angeklagten, die um die Nowakowska ins Gefängnis zu bringen, jene falschen Aussagen beschworen hätten, des wissentlichen Meineides für schuldig erklärt werden. Der Wahrspruch der Geschworenen lautete jedoch „Nicht schuldig.“ Der Gerichtshof sprach deshalb die Angeklagten frei.

Subhaftationskalender für die Provinz Posen. *)

Gerichtliche Grundstücksverkäufe innerhalb des Zeitraums vom 16. bis 31. Mai 1880.
(Zusammengestellt auf Grund der amtlichen Bekanntmachungen.)

Regierungsbezirk Posen.

Amtsgericht Posen, 1) am 21. Mai, Vormittags 10 Uhr, Grundstück der Witwe Amalie Caroline Kojin, Nr. 419 Vorstadt St. Martin, zur Gebäudesteuer nach einem jährlichen Nutzungswerte von 1729 M. veranlagt, 2) am 24. Mai, Vormittags 10 Uhr, Grundstück der Eigentümerin Waldislaus und Appollonia Rogozinski'schen Cheleute, Nr. 74 Komornik, mit 11 Hekt., 29 Ar, 10 Quadrat-Meter Ländereien, Grundsteuer-Reinertrag 93 M. 78 Pf., Gebäudesteuer-Nutzungswert 24 M. 3) 25. Mai, Vormittags 10 Uhr, Grundstück der Eigentümerin Johann und Catharina Nowakowschen Cheleute, Nr. 18 Lawica, mit 29 Hekt., 56 Ar, 90 Quadrat-Meter Ländereien, Grundsteuer-Reinertrag 199 M. 62 Pf., Gebäudesteuer-Nutzungswert 90 M. 4) am 31. Mai, Vormittags 10 Uhr, Grundstück Nr. 157 Altstadt Posen (Schloßgasse Nr. 6 und Büttelstrafenecke) dem Ul. Hilfsverein auf Gegenliefeigkeit zu Posen eingetragene Genossenschaft, gehörig, Gebäudesteuer-Nutzungswert 4275 M.

Amtsgericht Adelinau, am 21. Mai, Vorm. 11 Uhr, Grundstück der Johann und Rosalie Jaschischen Cheleuten, Nr. 47 Chvalisew II, mit 7 Hekt., 80 Ar Ländereien, Grundst.-Nr. 94 M. 73 Pf., Gebäudest.-Nr. 45 M.

Amtsgericht Bentzien, 1) am 25. Mai, Vorm. 11 Uhr, Grundstück der verehel. Elisabeth Paesch, Nr. 358 Bentzien, mit 2 Hekt., 2 Ar Ländereien, Grundst.-R. 7100 Thlr., Gebäudest.-Nr. 75 M. 2) am 29. Mai, Vorm. 10 Uhr, Grundst. des Johann Ernst Schulz, Nr. 48 Groß-Dammer, mit 6 Hekt., 65 Ar, 60 Quadrat-Meter Ländereien, Grundst.-R. 38 M. 61 Pf., Gebäudest.-Nr. 99 M. 3) 31. Mai, Vorm. 11½ Uhr, im Lofale der Gerichts-Kommission zu Bomst, Grundstück des Simon Burzstyn, Nr. 89 Klein Posen, mit 3 Hekt., 43 Ar, 70 Quadrat-Meter Länd., Grundst.-Reinertr. 32 M. 40 Pf., Gebäudest.-Nr. 81 M. 4) am 31. Mai, Nachm. 12½ Uhr, im Lofale der Gerichts-Kommission zu Bomst, Grundstücke der Pferdehändler Moritz Buchholz'schen Cheleute, a. Nr. 11 Bomst und b. 59 Bomst, welche auf das Steuerbuch noch nicht zurückgeführt sind.

Amtsgericht Birnbaum, 1) am 19. Mai, Vorm. 10½ Uhr, Grundst. der Mühlensitzer Ludwig und Dorothea Kleinschmidt'schen Cheleute, Nr. 42 Goran, mit 60 Ar, 50 Quadrat-Meter Länd., Grundst.-Reinertr. 0500 Thlr., Gebäudest.-Nr. 60 M. 2) am 21. Mai, Vorm. 10½ Uhr, im Lofale der Gerichts-Kommission zu Bomst, der Theodor und Agnes Liebs'schen Cheleute, Nr. 342 Stadt Zirke, mit 4 Hekt., 39 Ar, 40 Quadrat-Meter Länd., Grundst.-Reinertr. 3100 Thlr., Gebäudest.-Nr. 162 M.

*) Nachdruck ohne Quellenangabe auch in fremder Sprache verboten.

Bekanntmachung.

Die mit einem jährlichen Einkommen von 1200 M. Gehalt und 216 M. Wohnungsgeldzuschuß verbundene Stelle des Lehrers bei dem Arbeits- und Landarmenhause zu Kosten ist am 1. Juli c. zu beziehen.

Der Lehrer ist verpflichtet, außer seinem Lehramt die Funktionen des katholischen Organisten resp. Küsters, welche Leistungen nicht besonders entzündigt werden, zu übernehmen.

Die Anstellung erfolgt zunächst terminisch und soll erst alsdann infinuit erfolgen, wenn der betreffende Lehrer sich bewährt hat und sein an ihn zu stellenden Ansprüchen durch in Beziehung auf das Orgelapfel genügt.

f Verheirathete Bewerber, welche der deutschen und polnischen Sprache mächtig, gehörig qualifiziert und im

Amtsgericht Bojanowo, am 22. Mai, Vorm. 10 Uhr, Grundst. des Maschinenbauers Gottlieb Weiß, Nr. 149 Bojanowo, mit 54 Ar, 60 Quadrat-Meter Länd., Grundst.-Reinertr. 16 M. 11 Pf., Gebäudest.-Nr. 300 M.

Amtsgericht Fraustadt, am 28. Mai, Vorm. 10½ Uhr, Grundst. der Samuel Ferdinand und Anna Rosina Koschel'schen Cheleute, Nr. 60 Deutsch-Referit, mit 60 Ar Länd., Grundst.-Reinertr. 5 M. 79 Pf., Gebäudest.-Nr. 24 M.

Amtsgericht Grätz, am 24. Mai, Nachm. 2½ Uhr, im Gerichts-Kommission zu Buf, Grundst. der Franz u. Pauline Stefan'schen Cheleute, Nr. 52 Groß-Berit, mit 5 Hekt., 30 Ar, 30 Quadrat-Meter Länd., Grundst.-Reinertr. 2500 Thlr.

Amtsgericht Jarotschin, am 28. Mai, Vorm. 9 Uhr, im Lofale des Schulzenamtes zu Boguschin-Hauland, Grundst. der Wirth Daniel und Auguste Stebner'schen Cheleute, Nr. 39 Boguschin-Hauland, mit 4 Hekt., 53 Ar, 70 Quadrat-Meter Länd., Grundst.-Reinertr. 14 M. 84 Pf., Gebäudest.-Nr. 36 M.

Amtsgericht Kempen, am 21. Mai, Vorm. 10 Uhr, Grundstück der Witwe Josepha Lucia, Nr. 50, 307, 403 und 546 Stadt Kempen, mit zusammen 3 Hekt., 51 Ar, 50 Quadrat-Meter Länd., Grundst.-Reinertr. 1400 Thlr., Gebäudest.-Nr. 135 M.

Amtsgericht Kosten, am 31. Mai, Vorm. 10 Uhr, Grundst. der Wirth Paul und Josepha Stachowski'schen (alias Stachowiak) Cheleute, Nr. 22 Słonin, mit 1 Hekt., 77 Ar, 50 Quadrat-Meter Länd., Grundst.-Reinertr. 3000 Thlr., Gebäudest.-Nr. 24 M.

Landwirtschaftliches.

Lissa, 10. Mai. [Pferde- und Rindviehprämierung.] Gestern Nachmittags 3 Uhr fand auf dem Viehmarktplatz hier selbst die von dem landwirtschaftlichen Hauptvereine der Kreise Fraustadt, Kosten und Kröben veranstaltete Schau zur Prämierung von Rindvieh und Pferden statt, welche sich im Besitz von böhmischen Wirthen des Kreises Fraustadt befinden. Als Kommissare des Ministeriums für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten waren anwesend für die Rindviehprämierung Rittergutsbesitzer v. Jagow-Uchorowo und für die Prämierung von Pferden Landstallmeister Oberst v. Kotze-Zirke; als Vertreter des landwirtschaftlichen Provincial-Hauptvereins war anwesend Rittmeister a. D. Schönberg-Lang-Goslin. Von Seiten unserer landwirtschaftlichen Vereine waren in der Prämierungskommission thätig für Rindvieh: Rittergutsbesitzer Rittmeister Dühring-Oberpritschen, Gutsbesitzer Mende-Staduchowo und Oberinspektor Hübler-Grätz, sowie für die Pferdehau Gutsbesitzer Sander-Kurane, Oberamtmann Felgentreu-Dambitsch und Gutsbesitzer Dolsius-Lissendorf. — Der Zutrieb zur Schaustellung war zwar nicht besonders zahlreich, da nur 7 Hengste, 92 Stuten und 114 Fohlen, 6 Bullen, 9 Ochsen, 17 Küren und 22 Kühe herangekommen waren; indeß erregten die ausgestellten Thiere fast ohne Ausnahme die Aufmerksamkeit jedes Besuchers in vortheilhafter Weise. Zeigten sich unter den Pferden wertvolle Thiere, so wurden auch unter dem Rindvieh manche Preisträger ausgezeichnet. Es wurden Prämien von den Kommissionen zuerstamt für drei Stuten und fünf Fohlen im Ganzen mit 445 Mark und für 2 Bullen, 3 Kühe und 8 Küren mit im Ganzen 458 Mark. Diese Summen wurden aus den für diesen Zweck zur Verfügung gestellten Staatsmitteln entnommen. Daß der Schautermin auf Sonntag Nachmittag gelegt worden, war vielen Landleuten angenehm, weil sie so einen halben Arbeitstag, der ihnen sonst verloren gegangen wäre, gewonnen.

Staats- und Volkswirtschaft.

Guben, 11. Mai. [Generalversammlung der Märkisch-Posenischen Eisenbahn-Aktionen-Gesellschaft.] In der heutigen Generalversammlung der Märkisch-Posenischen Eisenbahn-Gesellschaft waren 16,549 Stimmen vertreten. Von der Verlesung des Verwaltungsberichts wurde Abstand genommen und die Bilanz genehmigt. Von den ausscheidenden vier Mitgliedern des Verwaltungsraths wurden Stadt-rath Annus-Posen einstimmig, die Herren v. Thiedemann-Kranz, Bank-Direktor Herrmann-Berlin und Mühlen-Direktor Neumann-Guben mit überwiegender Mehrheit wiedergewählt, sowie die Herren Kempe, Genz und Heffzer-Guben zu Rechnungsrevisoren ernannt.

Eisenbahnkonferenz zu Breslau. In der am 8. d. M. in Breslau stattgehabte Eisenbahn-Konferenz der Oberschlesischen Eisenbahn kamen neben einer Anzahl von Gegenständen lokaler Bedeutung folgende wichtige Angelegenheiten zur Verhandlung: Auf Verlangen des Herrn Verkehrsministers war die Frage zur Erörterung gestellt, ob bzw. für welche Verkehrsrelationen innerhalb des Gebietes der Staats- und unter Staatsverwaltung stehenden Bahnen ein Bedürfnis vorliege, die Gültigkeitsdauer der Retourbillets in der Weise auszudehnen, daß bei Entfernung von mehr als 200 Kilometer = 3 Tage, 300 Kilometer = 4 Tage, 450 Kilometer = 6 Tage, 600 Kilometer = 8 Tage Gültigkeitsdauer gewährt wird. Der Minister hat diese Frage, wie die Motive besagen, im Interesse der Erhaltung des Verkehrs zwischen den wichtigeren Plätzen des Landes von kommerzieller oder politischer Bedeutung untereinander und mit Berlin in Anregung gebracht. Die Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn schlägt hierfür folgende Stationen vor: Gleiwitz, Kattowitz, Oppeln, Posen, Ratibor einerseits und Berlin andererseits. Die Handelskammer zu Posen beantragt die Verkehrsrelationen Posen mit Berlin, Görlitz und Leipzig, nachdem für Stettin die gewünschte Gültigkeitsdauer von 3 Tagen bereits angefragt war. Die Handelskammer zu Bromberg befürwortet die Verkehrsrelationen Bromberg-Breslau und Thorn-Breslau. Die Direktion der Berlin-Stettiner Bahn berichtet, daß die stettiner Kaufmannschaft die Aufnahme der Relationen Breslau-Stettin und Breslau-Bromberg via Kreuz beantragt habe. — Der Antrag, die Publicationsfrist für Tariferhöhungen, die jetzt 6 Wochen beträgt, auf die Dauer von drei Monaten zu verlängern und von dem Tage an zu rechnen, an welchem die speziellen Tariffälle gültig sind, wurde nach lebhafter

Befürwortung durch die Handelskammern zu Breslau, Posen und Bromberg in namentlicher Abstimmung von den an der Konferenz beeiligten wirtschaftlichen Korporationen einstimmig angenommen, während die Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn erklärte, mit der Verlängerung der Publicationsfrist auf drei Monate nicht einverstanden zu sein, dagegen den zweiten Theil des Antrages, wonach die Gültigkeitsdauer von dem Tage gerechnet werden sollte, an welchem die speziellen Tariffälle dem Publikum zugänglich sind, an kompetenter Stelle befürworten zu wollen. Nach Erledigung der Tagesordnung wird für die Beratung der Tarifreform eine besondere in der zweiten Hälfte des Monats Juni cr. anzuberaumende Konferenz vereinbart, welcher am Tage vorher eine Beratung der wirtschaftlichen Korporationen unter sich über ihre Stellungnahme zur Tarifreform in den Räumen der breslauer Börse vorzunehmen soll.

Posen-Creuzburger Eisenbahn. Die neuliche, dem „Börse“ entnommene Notiz, betreffend die Dividende der Posen-Creuzburger Bahn pro 1879, wird von zuständiger Seite als nicht korrekt bezeichnet. Der Aufsichtsrath der Posen-Creuzburger Eisenbahn-Gesellschaft wollte der Generalversammlung die Vertheilung einer Dividende nicht von 3½ p.C. sondern von 3 p.C. vorschlagen. Das übrigens noch nicht definitive Bedenken des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten gegen den vorgeschlagenen Abschluß bezieht sich keineswegs auf die angeblich zu knappe Bewertung der Rücklagen in den Reserve-resp. Erneuerungsfonds, sondern auf die beabsichtigte Verwendung eines Betrages von 49,800 M. aus den Betriebsüberflüssen des Jahres 1876, welche damals für außerordentliche Bauzwecke in Spezialreserve gestellt, jetzt aber disponibel geworden sind und dem Betriebsfonds pro 1879 wieder zugeführt werden können. Die gedachten beiden Fonds haben jederzeit die ihnen regulativmäßig gebührenden Dotationsfonds erhalten und besitzen einen Bestand von 107,906 M. und resp. 936,491 M. incl. der Rücklagen pro 1879.

Berlin, 9. Mai. [Wolle.] In der heute beendeten Woche war der Verkehr fremder Käufer am heutigen Platze sehr schwach, woran die von der Londoner Auktion seit der vorhergegangenen Woche eingelau-fenen flaueren Berichte nicht wenig die Schuld tragen mögen. Ver einzelt waren Käufer erschienen, um eingetretene Bedarf zu decken, doch war auch bei diesen Käufern wenig Kauflust bemerkbar. Das Geschäft in Rückenwäsch war auf ein Minimum herabgefahren, wenn man von einem Großkäufer absieht. Die kleinen Vorräte in allen Wollgattungen trugen die Schuld, daß die Preise für loko Wollen ihren Standpunkt ziemlich behaupten haben, doch war die Verkaufsstarkt der Wollhaber größer als seit längerer Zeit. — Zu Tuchweden wurden nach Belgien etwa 1000 Etr. Posener und polnische Schäfereiwollen in den Preisen um 60 Thlr. verkauft. In allen übrigen Wollgattungen mit Einschluß der Gerberwollen blieb es still, und die verlaufenen Kleingüter sind nicht des Berichtens wert. — Ebenso blieb die Frage nach Kolonialwollen trotz der kleinen Vorräte am Platze schwach, auch hier scheinen die Käufer eine abwartende Haltung einzunehmen. — Weber von deutschen Rückenwäsch noch Kolonialwollen in allen Wollgattungen auf 4–5000 Centner zu schäfen ist, bietet höchstens in Tuchweden noch etwas Beachtenswertes. — Die Berichte über die Londoner Auktion stimmen sämtlich darin überein, daß die Preise für Kreuzzuchten, welche seit der November-Auktion 1879 eine kolossale Steigerung gehabt, jetzt einen Rückgang von 3 d. gegen die Schlusspreise der März-Auktion d. J. erfahren haben, während die anderen Wollgattungen auf diese Schlusspreise zurückgegangen sind. Die neuesten Nachrichten lassen unsere deutschen Räume zu den ermäßigten Preisen lebhaft operieren, und es gewinnt den Anschein, als würden die Preise wieder mehr Käufer anziehen. — Hier haben die flauen Londoner Auktionsberichte einen vollständigen Umschwung in den Unternehmungen für die bevorstehende Frühjahrss-Wollschur herbeigeführt. Die Kontrattäfelüsse, welche vor etwa vierzehn Tagen, teilweise zu ungerecht fertigt hohen Preisen, gemacht wurden, haben ganz aufgehört, weil man zu der Einsicht gelangt ist, daß diese Preise keine Aussicht auf ein günstiges Resultat bieten können. Sowohl Käufer als auch Verkäufer scheinen sonach eine abwartende Stellung einzunehmen, wie sich im weiteren Verlauf der Londoner Auktion die Preise gestalten werden.

Budapest, 8. Mai. [Wolle.] Im Laufe der verflossenen Woche wurden ca. 40,000 Kilogramm Zweischuren Winter- und Sommerwollen für Militärtuchzwecke zu 1–2 fl. höheren als jüngste Marktpräisen gekauft. Nicht ohne Einfluß auf das Geschäft in der diesjährigen Kam-pagne wird die mittlerweile in London eingetretene Reaktion bleiben, der weitere Verlauf der Auktion wird maßgebend für dessen Entwicklung sein. In fabriksmäßig gewaschenen Wollen wurden ca. 10,000 Kilogramm zum Preis von 2–3,45 fl. pro Kilogramm, zumeist für das Ausland bestimmt, verkauft. Zu Anfang der Woche war noch eine sehr lebhafte Nachfrage in allen Gattungen Wollen, in den letzten Tagen jedoch ist das Geschäft etwas matter geworden.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Strom-Bericht

aus dem Sekretariat der Handelskammer zu Posen.

Pogorzclice.

- 5. Mai. Zille I 16214, Kühn, 10,000 Kg. Salz, von Posen nach Posen. 8 Flöße, Janus, 8081 Fußm. fief. Stämme, 755 Fußm. eichene Schwellen, 5656 Kg. Färbholz, von Konin nach Posen.
- 8. Mai. Zille I 16481, Bruhn, 26020 Kg. Weizen, 10155 Kg. Roggen, 267 Kg. Leinsaat, von Kolo nach Posen.
- 7. Mai. Zille XI 313, August Jeichle, 24,000 Mauersteine, von Posen nach Wronke, Kahn I 16429, Wilhelm Krebsmann, 1650 Etr. Porzellanerde, Kahn I 14949, Wilhelm Zolchow, 1575 Etr. Porzellanerde, von Trota nach Kolo, Zille I 15790, Karl Winzel, 4500 Kubikfuß fief. Kantholz, von Wronke nach Posen.

Ohornik.

Donnerstag, den 13. d. M., von früh 9 Uhr ab, werde ich Kl. Gerberstraße 4, verschiedene Möbel, Betten, Kleidungsstücke, Thüren, Fenster, Schreibpulte, Hausräthe, Repostoren und einen guten Kutschwagen (Drosche) öffentlich versteigern.

Nachlass - Auktion!

Den 8. Juli d. J.

Nachmittags um 5 Uhr,

im Schulzenhause in Ruden versteigert werden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 8. Juli d. J.

Nachmittags um 5 Uhr,

im Schulzenhause in Ruden versteigert werden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 9. Juli d. J.

Stedbrief.

Gegen den Arbeiter Wilhelm Zippel aus Neu-Narmerz-Hausland, welcher flüchtig ist, soll eine durch Strafbefehl des Königlichen Amtsgerichts zu Unruhstadt vom 29. Januar 1880 erkannte Gefängnisstrafe von einundzwanzig Tagen vollstreckt werden. Es wird ersucht, denselben zu verhaften, an demselben die Gefängnisstrafe zu vollstreken und uns davon Nachricht zu geben.

Unruhstadt, den 5. Mai 1880.
Königl. Amtsgericht.

Freiwilligen-Examen.

Neue Curse haben begonnen.
Posen, Friedrichsstrasse 19.
Dr. Theile.

Lotterie der Provinzial-Gewerbe- Ausstellung zu Bromberg 1880.

Die Ziehung findet am 13.,
14. und 15. Juli d. J. statt.
1 Loos kostet 1 Mark. Wieder-
verkäufer erhalten entsprechende Rabatt.

Carl Teschner.

Verkaufsstellen für Posen:
M. Bendix, Wasserstraße,
Eduard Feokert jun., Berliner-
u. Mühlenstr.-Gce, L. Kunkel,
Gr. Gerberstr., Moritz Tuch.

Bromberger Gewerbe-Aus-
stellung Loose à 1 Mark.
Wiederverkäufer hohen Rabatt.
M. Bendix, Posen.

Das Hausgrundstück
Graben 9 mit Garten ist
aus freier Hand unter günsti-
gen Bedingungen zu ver-
kaufen. Näheres im Com-
toir daselbst.

Auf dem Graben Nr. 22 und 23
sind zwei Grundstücke nebst großem
Hofraum und Garten unter günsti-
gen Bedingungen zu verkaufen. Näh-
er bei Jacob Silberstein, Schloßstr. 83.

In einer Provinzialstadt ist ein
kleines Hotel,
das erste im Orte, welches von
"Geschäfts-Reisenden" stark frequen-
tiert wird, für den festen Preis von
36,000 Mark zu verkaufen. Adresse
in der Expedition der Posener
Zeitung. Unterhändler finden keine
Berücksichtigung.

Ein massiv gebautes, 1 Stock hohes
Wohnhaus mit 5 Wohnungen, einem
Werkstatt, 1½ Morg. Garten, ist
zu verkaufen. Näheres beim Eigen-
hüner in demselben Hause Glowno
bei Posen Nr. 75.

Umstände halber steht hier eine
elegante, complet geritten, infan-
tierescomme, braune Stute, 7 Jahr-
alt, 3½ Zoll groß, für leichtes Ge-
wicht, für 1000 Mark zum Verkauf.
Koschel, Kosarzt, Kosotschin.

Hamburger Kaffee
a. Pfd. 60 Pf., sowie Kronen-Kaffee
a. Pfd. 50 Pf. versendet von 9 Pfd.
an 3011 frei gegen Nachnahme
Sehrich Andressen,
Hamburg, Jägerstraße 52.

AVIS.
Wie in früheren Jahren, so
liefern auch in diesem Jahre
alle bis zum
1. Juni

eingehende Bestellungen billiger
als die, welche nach diesem
Tage eilaufen. Preiscourante,
sowie kleine Probe-Sendungen
stehen zu Diensten.

Joh. Braun
Fabrik eingemachter Gemüse
und Früchte in Blechbüchsen
in Mombach bei Mainz.

Bestellungen
Zum Fest bitte mir recht-
zeitig zukommen zu lassen
und führe solche schön und
schmackhaft aus.

R. Neugebauer,
Conditorei,
St. Martin 24.

Bekanntmachung

betreffend die Kündigung und Convertirung der 4½ proc. Westpreussischen Pfandbriefe I. Serie.

Zur Erledigung von Anfragen erklären wir, dass zu den durch diesseitigen Erlass vom 24. April d. J. gekündigten Pfandbriefen auch diejenigen 4½ procentigen Westpreussischen (Ritterschaftlichen) Pfandbriefe, welche eine Bezeichnung der Serie nicht enthalten, reglementsmässig gehören.

Marienwerder, den 7. Mai 1880.

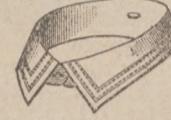
Königl. Westpreuss. General-Landschafts-Direction.



Mey's Stoffkragen



aus der Fabrik von MEY & EDLICH, Plagwitz-Leipzig.



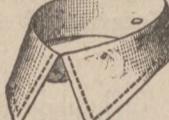
GLORIA A
Double Steppnaht.
Das Dutzend 55 Pfge.



LINCOLN
Einfache Steppnaht.
Das Dutzend 60 Pfge.



FRANKLIN
Double Steppnaht.
Das Dutzend 55 Pfge.



CASPIAN
Einfache Steppnaht.
Das Dutzend 70 Pfge.

Mey's Stoffwäsche ist der leinenen Wäsche schon deshalb vorzuziehen, weil sie nicht gewaschen und geplättet zu werden braucht. Da Mey's Stoffwäsche mit einem leinenartig appretierten Webstoff vollständig überzogen ist, nur in den best passendsten Fäcons hergestellt wird, dabei kaum den Preis des Waschlöhns leinener oder baumwollener Kragen und Manschetten kostet, so können wir Jedermann nur raten, einen Versuch zu machen. Jeder einzelne Kragen kann fast eine ganze Woche getragen werden, ohne unsauber zu werden.

Weniger als 1 Dutzend per Fäcon wird nicht abgegeben.

Fabrik-Lager von Mey's Stoffkragen in Posen:

M. Jacobi, Markt 43.
Albin Berger, St. Martin 13.

Der illustrierte Preis-Courant, 200 Illustrationen enthaltend, kann von Jedermann gratis und franco von MEY & EDLICH, Leipzig, bezogen werden.

Ein elegantes Coupé ist preis-
mäßig zu verkaufen. Näheres bei

Falk Karpen,
Markt Nr. 87.

Neue Lübbaboner Kartoffeln à Pfd.
25 Pf. dritte Sendung neue feinste
reife. Engl. Matjes-Heringe sind auch
sich eingetroffen und versende das
Schock davon incl. Fäss mit M. 6,00,
besten fetten Räucherlachs à Pfd.
M. 2,00, frisch marinirten Lachs
à Fäss 8 Pfd. Brutto M. 4,50,
mar. Alvoradade oder in Stücken
à Fäss 8 Pfd. Brutto M. 4,50,
Brathering à Wallfass (80 Stück)
M. 5,00, russ. Sardinen 10 Pfd.-Fäss
M. 2,50, frischen Räucher-Alal und
Fettbüddlinge offerirt billigst

K. Szulc,
Posen, Breslauerstraße 12.

L. Altheimer,
Mannheim,
Commission & Agentur,
übernimmt Vertretungen lei-
stungsfähiger Häuser.
Prima Referenzen.

Weinstube & Restaurant

I. Ranges
von Adolph Eberle,
Bromberg.

Friedrichsstr. Nr. 4.
anerkannt vorzügliche Weine, Speise-
Zimmer für große und kleine
Gesellschaften.

Ein Feldmesser,

der längere Zeit speziell mit Güter-
aufnahmen sowie nivellistischen Ar-
beiten beschäftigt war, empfiehlt sich
für Ausführung solcher sowie aller
Feldmesserarbeiten unter Zusiche-
rung prompter Bedienung bei billi-
gen Preisen. Gefällige Öfferten er-
bitten Lange, vereid. Feldmesser in
Arnswalde.

Meine auf das Sauberste ren-
sirten Haarschneide- und Frisir-
Salons empfehle zur geneigten
Beachtung.

H. Schmidt,
Wilhelmstr. 28 vis-à-vis der Post.

Ich wohne jetzt Halbdorfstr. 5,
früher Nr. 30.
Klempnerei für Bau- und Laden-
arbeit, Wasserleitung, Reparaturen.

F. Grzeškiewicz.

3 junge Leute finden Pension bei

Grunwald, Breitestr. 12; ebendas;

auch guten Mittagstisch.

Beraulassung,

das geehrte Publikum vor verschiedenen Nachahmungen der Fabrikate der Tabak- und Cigarettenfabrik "Sulima" F. L. Wolff in Dresden, zu warnen, habe ich als der General-Agent dieses Hauses für Posen, Ost- und Westpreußen leider schon mehrfach gehabt.
Dieses Falsifikatunwesen ist in neuerer Zeit wieder sehr rege geworden.

Nur mit besonderer Aufmerksam-
keit lassen sich diese äußerst geringwertigen Nachahmungen erkennen.

"Suliana", "Sulina", "Sumila", "Sulimaff" und der-
gleichen nennen gewisse Leute ihre unsoliden Produkte zur täuschung
des Publikums.

"Unächte Sulima" tauft man diese Pfuschereien, Beweis
genug für die Absicht zu täuschen.

Wiederholen kann ich Jedermann nur dringend bitten, genau
beim Kauf darauf zu achten, daß sich die volle Firma:

**Tabak- und Cigaretten-Fabrik
„Sulima“**

F. L. Wolff, Dresden

auf allen Verpackungen derselben befinden muß!
Alle anderen ähnlichen Sachen sind Schwund!

S. Zychliński,

General-Agent der Tabak- und Cigarettenfabrik „Sulima“
F. L. Wolff in Dresden, für die Provinz Posen, Ost-
und Westpreußen.

Posen, Wilhelmplatz 9.

Unterfertigte Maschinenbau-Anstalt empfiehlt sich

dem interessirten Publikum zur Einrichtung von
**Brennerei-, Stärkefabrik-, Mühlen-, Dampf-
maschinen- und Dampfkessel-Anlagen,**

welchen Arbeiten sie seit Jahren zur Zufriedenheit der
Interessenten sich unterzogen hat und auch weiter mit
dem Bemerkten unterzieht, daß die von ihr erbauten
Dampfmaschinen die Zahl von 100 erreichen, die Dampf-
kessel dagegen diese Zahl beträchtlich übersteigen.

H. Cegielski,

Maschinenbau-Anstalt und Eisengießerei
zu Posen.

| | | |
|-------------------------------|---------------------------------------|-------|
| Engl. Porter | für je 3 Mark incl. Gl. frei ins Haus | 9 Fl. |
| Pale Ale | | 7 " |
| Culmbacher Exp. | | 16 " |
| Nürnberg Exp. | | 16 " |
| Pilsner Tafelbier | | 12 " |
| Waldschlößchen | | 20 " |
| Königsberger | | 20 " |
| Malz-Extrakt-Bier | | 20 " |
| Böhmisches Brauhaus | | 24 " |
| Bockbier | | 20 " |
| Braunschweiger | | 20 " |
| Lagerbier | | 33 " |
| Kobylepoler | | 33 " |
| Gräzer Bier | | 33 " |

empfiehlt

Friedr. Dieckmann,

Alter Markt und Breslauerstr.-Gce.
Aufträge nach außerhalb werden prompt, franco Bahnhof
Posen, effektuiert.

BERGER'S MEDIC. THEERSEIFE

durch medic. Capacitäten empfohlen, wird seit 12 Jahren in
Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Holland, der Schweiz, Rumä-
nien, auch in vielen Städten Deutschlands mit glänzendem

Erfolge angewendet gegen

Hautausschläge aller Art, sowie jede Unreinheit
des Teints,

insbesondere gegen Krätze, chronische und Schuppen-Flechten,
Erbgrind, Schmeerfuss, Kopf- und Bartschuppen, gegen Sommer-
sprossen, Leberflecke, sogenannte Kupfernase, Frostbeulen,
Schweissfüsse und gegen alle äußerlichen Kopfkrankheiten der
Kinder. Ueberdies ist sie Jedermann zu empfehlen als ein
die Haut purifizierendes Waschmittel.

Preis pr. Stück sammt Gebrauchsweisung 60 Pf.

Berger's Theerseife enthält 40 Percentcone Holztheer,
ist sehr sorgfältig bereitet und unterscheidet sich wesentlich
von allen übrigen Theerseifen des Handels.

Zur Verhütung von Täuschungen

verlange man ausdrücklich: Berger's Theerseife in grüner Em-
ballage.

N.B. Wer Berger's Theerseife nur einmal angewendet,
wird jede andere Theerseife zurückweisen.

Schutzmarke für Deutschland registriert.

Hauptversandt: Apotheker G. HELL, Troppau, österr. Schlesien.

Dépot für Posen bei Herrn Apotheker Dr. Mankiewicz.

Impf-Formulare

hält stets vorrätig und empfiehlt bei dem bevorstehenden
Impfgeschäft zur ges. Abnahme

Hofbuchdruckerei W. Decker & Co.

Wolle.

Wollzüche in jeder Art, Wollband, Bindfaden sowie

Getreidesäcke und Pläne, Pferdedecken

zu mäßigen Preisen

empfehlen

Posen, **Orłowski & Co.**, Warschau, Wierzbowka 4.

Rechtzeitige Bestellungen erbitten.

Groschowitzer Portland - Cement,

weithin bekannt als Fabrikat ersten Ranges, von vollendetem Gleichmässigkeit und höchster Bindekraft. Wir empfehlen denselben zu zeitgemäßen Preisen zur Ausführung von Wasserleitungen, Kanalisationen, monumentalen Hoch- und Wasserbauten jeder Art, sowie zur Anfertigung von Ornamenten, Kunsteisen und allen Cementgußwaren. Bezüglich der absoluten Festigkeit unseres Portland-Cements garantiren wir ^{**} als

Minimalleistung 60 p.Ct. mehr

als in den von dem Königlich Preussischen Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten mittelst Erlass vom 10. November 1878 aufgestellten "Normen" für einheitliche Lieferung und Prüfung von Portland-Cement von einem guten Fabrikat verlangt wird.

Besandt je nach Auftrag in Tonnen oder Säcken.

Schlesische Actien-Gesellschaft für Portland-Cement - Fabrikation zu Groschowitz bei Oppeln.

^{*)} In Posen stets komplettes Lager bei Herrn A. Krzyżanowski.

^{**) Um Missverständnissen vorzubeugen, machen wir ausdrücklich darauf aufmerksam, daß es sich hier um unsere Garantie für Minimalleistung handelt und nicht um Mitteilung darüber, welche Festigkeit unser Fabrikat bei sorgfältiger und sachverständiger Anfertigung der Proben auf einer öffentlichen Prüfungsstation erreichen kann. Interessenten hierfür stehen auf Wunsch die verschiedenen Atteste über unseren Portland-Cement zur Disposition, welche bis zu}

26,2 kg absoluter Festigkeit pro qcm
für eine Mörtelmischung von 1 Gem.-Thl. Cement zu 3 Gem.-Thl. Normalsand nach 28tägiger Erhärtung nachweisen.

Den Herren Bau-Unternehmern empfehlen wir unsere feuersicheren Stein-Dachpappen, sowohl in Tafeln (Bütten-Handpappen), wie in Rollen bester Qualität; ferner unentbehlten englischen Steinkohlen-Theer, Steinkohlen-Pech, Asphalt, Dachpappennägel und fertige Überstrichmasse für Pappbedachungen, welche sich nach unseren vielfachen Erfahrungen besonders gut bewährt.

Auch übernehmen wir die Ausführung von Pappbedachungen in Accord unter mehrjähriger Garantie zu soliden Preisen.

Häuge bei Sagan.

Stalling & Ziem.

CURANSTALT SAUERBRUNN BLIN

in BÖHMEN,

Bahnstation „Blin-Sauerbrunn“ der Prag-Duxer und Pilsen-Priesen-Komotauer Eisenbahn.

Saison-Eröffnung am 15. Mai.

Die Curanstalt am Sauerbrunn zu Blin liegt wenige Schritte von den Quellen entfernt, gegen Nord- u. Westwinde vollkommen geschützt, von reizenden Parkanlagen umgeben. Mit allem Komfort eingerichtete Gastzimmer zu den Preisen von 3½ bis 20 fl. per Woche, Cursalon, Lese- u. Speisezimmer, Wannen- (Sauerbrunn) u. Dampfbäder stehen zur Verfügung. Pension nach Schweizer Art von 2 bis 5 fl. per Person. Couvert mit 4 Gängen 1 fl. 20 kr. und 2 fl., Couvert mit 6 Gängen 2 fl. und 3 fl. Nähere Auskünfte ertheilen auf Verlangen Brunnenarzt Med. Dr. Ritter von Reuss und die

M. F. L. Industrie-Direction in Blin (Böhmen).

Feinste Tafelbutter,

täglich frisch, à Pfd. M. 1,20.
Gute ferne Backbutter, à Pfd. M. 1,00 empfohlen

Breslauerstr. 28. R. Miozyński.

Feinste Sahnbutter,

frische Tisch- und Kochbutter

empfiehlt billigst

Oswald Schäpe,

St. Martin 20.

Ernst Paulsohn,

Stettin, Speicherstr. 18.

Speditions- u. Commissions-

Geschäft,

empfiehlt sich für Speditionen nach allen Richtungen des In- und Auslandes bei prompter und billiger Bedienung.

Einige 40 Morgen

gut bestelltes, eingesätes Land 4. bis 6. Klasse sind ½ Meile von Bahnstation Koblenz im Ganzen oder parzellweise aus freier Hand zu verkaufen. Näheres beim Volksanwalt Arndt in Schwerenz.

Vom 15. Mai ab in Königsdorff-Jastrzem.

Dr. Weissenberg,
Badearzt.

Syphilis, Geschlechts-,

Pollut. u. Impotenz heilt bries-

ohne Berufsstörung gründl. u. schnell

Dr. med. Zillz, Berlin, Prinzenstr. 40.

St. Martin 27

ein Laden nebst angrenzender Woh-

nung vom 1. Ost. zu vermieten.

Martinstr. 26

findt Wohnungen zu vermieten

Näheres bei Dr. v. Gašiorowski.

Vorrätig

für

Rataster - Neunter.

Die im Reskript des Herrn Finanzministers vom 16. März 1880 bezeichneten Formulare:

Abschriften der Gebäude-Steuer-Rolle. XIV.

Gebäudesteuer-Rollen. Anhang XIV.

Flurbuchs-Anhang.

Vergleichende Nummerverzeichnisse.

Vacat-Anzeigen.

Kostenrechnung

bei Renten-Vertheilung.

Kostenrechnung

für Eintragung, bezw. Löschung.

Verzeichniss der frankirt abgesandten Briefe.

Hofbuchdruckerei W. Decker & Co.

(E. Rössel)

Posen.

Nachruf.

Durch das Hinscheiden unseres verehrten Kollegen, Herrn

Heymann Marcus,

welcher durch eine Reihe von 17 Jahren, theils dem Repräsentanten-Kollegium, theils dem Vorstande, und zwar dem letzteren als Vorsitzender, angehörte, hat unsere Gemeinde eins ihrer hervorragendsten und verdienstvollsten Mitglieder verloren.

Mit hoher Einsicht verband er das wärmlste Interesse an den Institutionen der Gemeinde und opferwillige Hingabe an die Förderung derselben. Wie die in seinem Privatleben zu Tage getretene Lauterkeit seines Charakters und thätige Theilnahme für seine Mitmenschen, wird auch seine Wirksamkeit für die Gemeinde uns stets in dankbarer Erinnerung bleiben.

Posen, den 11. Mai 1880.

Der Vorstand und das Repräsentanten-Kollegium der Synagogen-Gemeinde.

Handwerker-Verein.

Freitag, 14. Mai, Abends 8 Uhr, im kleinen Lambert'schen Saal: Vortrag

des Herrn Landgerichtsrath

Brown

über den Zinswucher nach altem und neuem Recht.

Nichtmitglieder 50 Pf.

Heute und jeden Mittwoch

Eisbeine.

Vorzügliches Tivoli Lager- und Bock-Bier empfiehlt

F. W. Mewes.

Ein Rittergutsbesitzer wünscht auf diesem nicht mehr unbekannten Wege sich zu verheirathen, da es ihm an Damenbefähigung fehlt. Gebildete Damen aus anständiger Familie, womöglich nicht unter 30 Jahren, auch Wittwen mit Vermögen, bitte ich unter strengster Discretion sich zu wenden an folgende Annonce: F. R. No. 1880, abzugeben an die Posener Zeitung in Posen.

Victoria-(Interims-) Theater.

Mittwoch, den 12. Mai 1880:

Die Philosophie des Herzens.

Luftspiel in 4 Aufzügen von Rudolf Kneisel.

In Vorbereitung:

Der Carneval in Rom.

Operette von Johann Strauß.

Adolf Oppenheim.

B. Heilbronn's

Volksgarten-Theater.

Mittwoch, den 12. Mai c.: Müller und Müller. Schwank in 3 Akten.

Auftreten des berühmten Konzert-

Malers Herrn Lyon Halbach.

Die Direktion. B. Heilbronn.

Nachruf!

Durch den gestern Abend 8 Uhr erfolgten Tod des Maurermeisters Herrn

Reinhold Hesselbein

hat die städtische Verwaltung einen schmerzlichen Verlust erlitten.

In einer zehnjährigen Wirklichkeit als Stadtverordneter, als Mitglied der Direktion der städtischen Gas- und Wasserwerke, als Mitglied der Armen-, der Lazareth-Deputation und anderer städtischer Körperschaften hat der Dahingeschiedene einen Pflichtleifer und eine Hingabe für unser Gemeinwesen betätig, welche ihm für immer ein über das Grab hinaus reichendes ehrenvolles Andenken bei uns sichern.

Posen, den 11. Mai 1880.

Der Magistrat.

Die Stadtverordneten-Versammlung.

Allg. Männer-Gesang-Verein.

Donnerstag, 13. d. M., Abends 8 Uhr, im Vereinslokal: Ballotement und Gesangübung.

Der Vorstand.